Einzelverkaufspreis: 1,50 mark incl.5,5 mwst

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 110 31.1.1976

D 22354 C

INLAND

INTERNATIONALES

ERKLÄRUNG

herausgeber : frankfurter informations - dienst e. v.
6 frankfurt 90
hamburger allee 45
tel. 0611 / 70 43 52

postadresse :
6 frankfurt 90
postfach 90 03 43

redaktionsschluß : donnerstag 20 uhr

verantwortlicher redakteur : f. kern

kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schlüterstr. 79

463 bochum-querenbg.
pol. buchladen
im westenfeld
tel. 70 23 36

74 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20

8 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 280 95 22

schweiz : eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01 / 39 12 67

vierteljahr-abo: 18 DM gegen vorkasse

auf das postscheckkonto: frankfurter informations-dienst e.v.
6000 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602
überweisen. genaue anschrift angeben.

druck : eigendruck

INLAND

FRANKFURT (ID) DER CIA IN DER BRD

WARUM VERÖFFENTLICHEN WIR DIE NAMEN VON CIA–AGENTEN IN DER BRD?

Die Geschichte des CIA seit seiner Gründung 1947 hat in bedrückender Klarheit gezeigt, daß, wo immer ihre „Angestellten" auftauchen, früher oder später die Freiheit durch Abschaffung geschützt wird. Der Iran, Griechenland, Vietnam und Chile sind uns noch allzu deutlich in Erinnerung, als daß wir uns eine Sorglosigkeit gegenüber der Tätigkeit dieser Leute erlauben könnten. Der mögliche Einwand, bei uns liege eine so zugespitzte Situation wie in Chile nicht vor, verkennt die Arbeitsweise dieses multinationalen Konzerns in Sachen Sicherheit. Die aktuelle Intervention ist der Ausnahmefall, während die Regel der jahrelang vorbereitete und dadurch umso schwieriger zu durchschauende Coup von innen ist. Dabei erledigt nicht der CIA unmittelbar die Arbeit, sondern im Land selbst aufgebaute und bezahlte Helfer, die sich ihrer Rolle noch nicht einmal klar zu sein brauchen.

Die CIA-Agenten, die wir hier mit Namen genannt haben, sind in der Bundesrepublik mindestens ebenso an der politischen Entwicklung beteiligt wie die – gewählten und ungewählten – Politiker, Bundestagsabgeordneten, Minister, Richter, nationalen und internationalen Konzernherren, von denen man weiß, wer sie sind und was sie machen. Die Bevölkerung, die hier von CIA-Politik betroffen ist, hat ein Recht darauf, zu erfahren, wer sie betreibt. Und sie hat ein Recht darauf, zu entscheiden, ob sie diese politische Einmischung billigt. Dazu kommt, daß die Central Intelligence Agency, wie oft beschrieben, durch Infiltration und Verbreitung falscher Wahrheiten alles daransetzt zu verhindern, daß die revolutionäre Linke so stark wird, daß sie eine reale Alternative zum bestehenden Zustand darstellen könnte.

Kurz, wir veröffentlichen die Namen aus zwei Gründen:

1. weil der CIA kein anonymer Popanz ist, sondern weil er hier konkret tätig ist, weil wir von seiner nichtöffentlichen Politik betroffen sind,
2. weil wir mit unserer Waffe, der Offenlegung von Verantwortlichen, die Arbeit des CIA und seine Einflußmöglichkeiten behindern können.

Es kann der Anfang sein, ein Bewußtsein über das Ausmaß und die konkrete Tätigkeit des CIA in der Bundesrepublik zu entwickeln.

Wenn behauptet wird, das Leben dieser Leute sei jetzt gefährdet, weil sie dem KGB preisgegeben wären, so ist nur zu erwidern: das, was wir wissen, weiß der KGB längst. Diese Behauptung beruht auf der Logik billiger Agenten-Thriller und soll vom Wesentlichen ablenken.

LISTE VON 15 CIA–AGENTEN IN DER BRD

Die hier angegebenen Namen beziehen sich auf Geheimagenten, die heute in der Bundesrepublik arbeiten oder bis vor kurzem hier arbeiteten.

Wohl einer der wichtigsten CIA-Männer überhaupt ist

William J.Graver — Tel. 22 51 56
Fritz Erler-Str.21 — dienstlich 3050
5300 Bonn

Er residiert im vierten Stock der Botschaft im gleichen Raum, in dem zwei Treppen tiefer Botschafter Hillenbrand sein Büro hat. Seine CIA-Abteilung hat sich den pompösen Tarnnamen „Department of Defence/OCA-Coordinator and Advisors Office" gegeben. Er ist auf der vom Auswärtigen Amt herausgegebenen Liste der in Bonn akkreditierten Diplomaten als „Attaché" geführt. William J.Graver wird am 25.März 54 Jahre alt. Nach Studium am Washington- und Jefferson-College war er von 1942 bis '46 bei der Army.

Danach spätestens beginnt seine Geheimdiensttätigkeit als „documentations analyst and editor" in Wien, wo er bis 1951 bleibt. Wo er anschließend gewirkt hat, ist nicht bekannt. 1961 jedoch, auf dem Höhepunkt des kalten Krieges, taucht Graver wieder als „political officer" in Berlin auf. Dort hat er mit George Weisz zusammengearbeitet, der – nach Recherchen der amerikanischen Zeitung „Counterspy" – bis vor kurzem als „Chief of Station" oberster CIA-Agent für die BRD gewesen ist. 1965 verläßt Graver Berlin.
1968 belegt er ein hochkarätiges „Senior Seminar in foreign policy" (=Fortgeschrittenen Seminar für Außenpolitik), arbeitet ab 1969 noch einmal in Wien und läßt sich dann am 8. September 1973 in Bonn akkreditieren. Möglicherweise erstreckt sich seine Verantwortlichkeit auch über die Bundesrepublik hinaus.

Ein weiterer CIA-Agent in Gravers Abteilung ist der ebenfalls als „Attaché" im diplomatischen Corps geführte

Warren E. Frank — Tel. 37 55 85
Martin Luther King-Str. 3/3
5300 Bonn-Bad Godesberg — Tel. dienstlich 3149

Er ist drei Jahre jünger als Graver und hat sich mit der Situation in der BRD zwischen 1970 und 1972 in Hamburg vertraut gemacht. Seit dem 17.Juli 1974 ist er in Bonn.

Im gleichen Raum wie Graver und Frank, aber der Attrappe-Abteilung „Department of Defence/OCA Research Unit" zugeordnet, ist auch der CIA-Mann

John R. Mapother — Tel. 37 28 49
Martin Luther King-Str.9/1 — dienstlich 3252
5300 Bonn-Bad Godesberg — oder 3032

Er ist 53 Jahre alt und seit Bestehen des CIA mit von der Partie. 1950 bis 1951 war er in München, 1955 für kurze Zeit in Frankfurt und 1956 bis '58 in Wien, bis 1960 wird er noch als Mitglied des State Department geführt, danach liegen bis zu seinem Auftauchen in Bonn keine biographischen Angaben mehr vor.

Zwei weitere CIA-Leute aus Gravers Abteilung sind in unmittelbarer Nähe seines Dienstzimmers untergebracht:

Richard L. Malzahn — Tel. 37 49 03
Europastr. 3/2 — dienstlich 3370
5300 Bonn-Bad Godesberg

und

Theodor Klein — Tel. 37 35 79
Martin Luther King-Str. 5/1 — dienstlich 3370
5300 Bonn-Bad Godesberg

Malzahn wurde am 17.Mai 1934 geboren, studierte an der Yale Universität und kam 1956 zum CIA. An Auslandseinsätzen ist von ihm lediglich ein diplomatischer Aufenthalt in Den Haag bekannt.
Klein, am 18.September 1922 in der Tschechoslowakei geboren, war von 1940 bis 1945 bei der Army, studierte an der Harvard Universität und gelangte 1951 zum CIA. 1965 war er für kurze Zeit als „Diplomat" in Wien.

Ein Stockwerk höher, in der Abteilung OSD/ISA sitzt wieder ein mächtiger CIA-Agent der ersten Stunde:

Arnold M. Silver — Tel. 02225/ 2537
Heerstr.13 — dienstlich 3348
5309 Meckenheim

Am 4.Dezember 1919 geboren, wirkte er nach vierjähriger Militärzeit von 1946 - 48 als Geheimdienstler in der amerikanischen Militärregierung in Deutschland. Von 1957 bis 1960 war er in Luxemburg, als „Gebietsspezialist", wie seine Biografie es nennt. Nach einer biographischen Lücke von mehreren Jahren taucht der Agent schließlich wieder in Bonn auf.

Der zweite Mann dieser Abteilung heißt

Constantine M. Broutsas — Tel. 35 61 98
Büchelstr. 53B/33 — dienstlich 3379
5300 Bonn-Bad Godesberg

Die Karriere des 50jährigen Agenten ging über 2 Jahre Armee und 3 Jahre Universitätsstudium, bevor er 1951 dem CIA beitrat. Ein Bild von der Bandbreite der CIA-Tätigkeiten gibt die

Tatsache, daß er von 1963 bis 1965 als Diplomat in internationalen Organisationen in Genf fungierte. 1971 und 72 konnte er sich im „Bureau of European Affairs" auf seine anschliessende Agentenarbeit in Deutschland vorbereiten.

Dann gibt es noch die Abteilung „Department of Defence/ OCA Liaison Unit". Hinter ihr verbirgt sich der CIA-Agent

Glenn W. Nelson Tel. 37 58 27
Martin Luther King Str.23/2 dienstlich 3279
5300 Bonn-Bad Godesberg

Er ist 54 Jahre alt, hat ebenfalls studiert, war beim Militär und 1947 bei der Alliierten Verwaltung in Tokio. 1950 bricht seine offizielle Biographie bis zu seinem Auftauchen in der BRD ab.

Wahrscheinlich um eine Spezialeinheit für asiatische und chinesische Spionage handelt es sich bei der „Regional Survey Unit", ebenfalls im vierten Stock. Einer ihrer qualifiziertesten Vertreter ist der CIA-Agent

Adger E.Player Tel.dienstlich 3327
Europastr. 17/4
5300 Bonn-Bad Godesberg

Player ist 43 Jahre alt, hat zwei Universitätsabschlüsse und arbeitete Anfang der sechziger Jahre unter diplomatischer Tarnung in Accra und Leopoldville.
19[illegible] lernt er in der „Taichung Language School" Mandarin-Chinesisch, kommt 1969 für drei Jahre nach Vientiane und arbeitet vor seinem Bonner Einsatz im „Bureau of East Asian and Pacific Affairs".

Eine komplette „Telekommunikationseinheit" unterhält der CIA auf dem Militärflughafen Rhein-Main-Airbase bei Frankfurt. Nichtsdestoweniger werden alle 6 Agenten als Botschaftsangehörige in Bonn geführt!
Sie arbeiten speziell an geheimer Nachrichtenübermittlung und -überwachung, in der CIA-Hierarchie sind sie nicht so weit oben wie ihre Bonner Kollegen. Die Namen:

Charles R.MacDonald Tel. 59 30 97
Hansa-Allee 137/4 dienstlich 5305/6319
6000 Frankfurt am Main

Whitney N.Lewis Tel. 55 48 53
Plieningerstr. 215 dienstlich 5305/6319
6000 Frankfurt am Main

William B. Miller Tel. 55 77 10
Jakob Leisler Str. 8/4 dienstlich 5305/6319
6000 Frankfurt am Main

Charles L. Kindl Tel. dienstlich 5305/6319
Francis E. Oneil Tel. dienstlich 5305/6319
Charles J. Brown Tel. dienstlich 5205/6319

MacDonald begann seine Auslandsaktivitäten mit dem CIA 1967 in Kinshasa. 1970 arbeitete er für zwei Jahre an CIA-Operationen in Vietnam mit. So mit Erfahrung ausgerüstet, kam er nach Deutschland.

Kindl war ebenso wie Oneil vor Frankfurt lange Zeit in Manila, Phillipinnen, das zur Ausbildungszentrale für CIA-Agenten geworden ist.
Die anderen drei scheinen erst am Anfang ihrer CIA-Karriere zu stehen.
Die hierbenannten CIA-Agenten sind natürlich nur ein Ausschnitt aus dem Kontingent von Geheimdienstlern in der amerikanischen Botschaft. Und auch dieses Kontingent ist wiederum nur ein Ausschnitt aus dem gesamten Netz von CIA-Berufsagenten, Kontaktmännern und gelegentlichen Informanten, das in Deutschland besteht und sich für weitere politische Interventionen bereithält, wenn es den amerikanischen Interessen opportun erscheint.

Die Richtigkeit dieser Veröffentlichungen zu bestätigen oder zu dementieren, ist Aufgabe des Presseattachés der amerikanischen Botschaft, William Marsh. Wenn er auch selber kein CIA-Mann ist, so ist er doch hinreichend mit der Materie vertraut: nach langjähriger Journalistenarbeit in Deutschland (u.a. auch beim AFN) übernahm er von 1970 bis 1973 den Posten des Nachrichtenredakteurs bei dem CIA geleiteten Propagandasender "Radio Free Europe".

WAS MACHT DER CIA IN DER BRD ?

ID-GESPRÄCH MIT PHILIP AGEE

Philip Agee war selbst zwölf Jahre lang in verschiedenen Ländern als CIA-Agent tätig. Als ihm nach und nach klar wurde, was diese Arbeit tatsächlich bedeutete, verließ er den Geheimdienst und veröffentlichte seine Erfahrungen, um denen, die von CIA-Strategien betroffen sind, ein Bild von den Methoden und Arbeitsweisen zu geben, die gegen sie gerichtet sind. Im letzten ID veröffentlichten wir seine Erfahrungen aus Lateinamerika und über typische Vorgehensweisen des CIA. Im ID 93 druckten wir seine Warnung vor CIA-Counterstrategien in Portugal ab. Zur Veröffentlichung von CIA-Namen im ID sprachen wir mit ihm über die spezifische Situation in Deutschland.

ID: Philip, wo ist der CIA in Deutschland aktiv?

Philip Agee (PH): Entsprechend der enormen Präsenz der USA in Deutschland benutzt der CIA verschiedene Tarnungen, unter denen er arbeitet. Ein Großteil der Agenten wird als Botschaftpersonal in Bonn geführt. Sehr viele, wahrscheinlich die meisten, arbeiten jedoch unter militärischer Tarnung. Die größte CIA-Station in der BRD dürfte in einem der US-Stützpunkte in und um Frankfurt liegen. Es gibt auch CIA-Einheiten in Berlin und München.

ID: Was wird von diesen Einheiten konkret gemacht?

Ph: Die im Militär arbeitenden Einheiten sind meist mobile Gruppen, die überall im Land „Aufklärung" betreiben. Sie sind hochspezialisierte Techniker, die Telefone abhören, Briefe kontrollieren, Leute überwachen und Nachrichten ver- und entschlüsseln. Dabei arbeiten sie jeweils eng mit den örtlichen Behörden zusammen.

Andere Einheiten haben speziell die Aufgabe, zu etablierten Organisationen und Personen Kontakte zu pflegen. Alle gesammelten Informationen werden dazu verwendet, die betreffenden Organisationen zu infiltrieren und zu manipulieren. Speziell in Bonn wird der CIA dazu versuchen, an die chinesische, kubanische und die osteuropäischen Botschaften zu gelangen, ihren Post- und Besucherverkehr zu überwachen und — wenn möglich — zu manipulieren.

ID: USA und CIA sind schon seit geraumer Zeit in Deutschland aktiv. Wie beurteilst du die politischen Auswirkungen der CIA-Aktivitäten?

Ph: Seit dem zweiten Weltkrieg ist es das Ziel der US-Politik, die Kohärenz der westlichen Welt unter der Führung Amerikas sicherzustellen — dem sind die CIA-Aktivitäten untergeordnet. Dazu mußten in Westeuropa in großem Maße antikommunistische amerikafreundliche Regierungen errichtet werden, dazu mußten oppositionelle Bewegungen diskreditiert und zerstört werden. Darauf wurde auf allen Ebenen hingearbeitet. Antikommunistische Gewerkschaften beispielsweise wurden für den CIA instrumentalisiert und massiv unterstützt. Nationale und internationale Organisationen, in denen auch kommunistische und sowjetische Vertreter waren, wurden isoliert, oder es wurde auf den Ausschluß der Oppositionellen hingearbeitet. Wo dies nicht gelang, wurde eine neue, strikt antikommunistische Organisation gegründet. Diese Funktion hat beispielsweise die Internationale Konferenz Freier Gewerkschaften übernommen.

Natürlich geht der CIA in solchen Fällen so vor, daß nur ein minimaler Personenkreis von den CIA-Eingriffen erfährt, da eine Aufdeckung ja gerade das Bild einer authentischen politischen Entwicklung zerstören würde, als deren Träger sich die CIA-Front-Organisationen immer präsentieren müssen.

ID: Welches sind nun die spezifischen Bedingungen für CIA-Arbeit in Westdeutschland, wer wurde und wird besonders unterstützt?

Ph: Westdeutschland ist nach dem zweiten Weltkrieg zu einem besonders kritischen Gebiet geworden. Um die amerikanischen Interessen zu sichern, wurde deshalb sowohl die CDU als auch die SPD und die Gewerkschaften unterstützt. Tatsächlich brauchte der CIA den Einfluß in beiden großen politischen Parteien, um stark und sicher genug zu sein, eine linke Opposition niederzuhalten, beziehungsweise auszuschließen.

Das Nachkriegsdeutschland war eines der wichtigsten Operationsfelder für großangelegte CIA-Programme, die die innere Struktur der BRD nach ihren proamerikanisch-antikommunistischen Interessen gestalten sollten. Darüberhinaus ist der CIA natürlich dauernd darauf aus zu erfahren, was die Sowjets machen.

ID: Wie sieht es heute aus, versucht der CIA auch gegen die Gruppen der neuen Linken vorzugehen?

Ph: Darüber gibt es nicht den geringsten Zweifel. Besonders wird er sich wohl um oppositionelle Soldaten in der Bundeswehr Sorgen machen und versuchen, dagegen zu arbeiten.

ID: Wie sieht die Zusammenarbeit zwischen dem CIA und den deutschen Geheimdiensten aus?

Ph: Wie ich schon erwähnte, arbeitet der CIA beim Abhören von Telefonen, und beim Überwachen von Briefverkehr und Personen eng mit den zuständigen Stellen zusammen. Die Zusammenarbeit zwischen CIA und den Sicherheitsbehörden des jeweiligen Landes geht in der Regel soweit, daß gewisse Operationen auf Anweisung des CIA von den einheimischen Diensten ausgeführt werden und daß diese wiederum CIA-Aktionen vor Strafverfolgung decken.

Aber speziell in Deutschland ergibt sich eine besondere Schwierigkeit: der CIA traut den deutschen Geheimdiensten nicht besonders, da diese stark mit DDR- und sowjetischen Agenten durchsetzt sind. Nicht zuletzt daraus resultiert die ungewöhnlich große Anzahl von CIA-Agenten in Deutschland, da sie obendrein noch die deutschen Geheimdienste mit überwachen.

ID: Es ist jetzt bekannt geworden, daß die englische Nachrichtenagentur Reuter vom CIA benutzt wurde, um gezielte Propagandameldungen in angesehene Zeitungen zu lancieren. Wie funktioniert dieses System?

Ph: Jede CIA-Station bezahlt einen oder mehrere Journalisten, die einen regelrechten Vertrag mit dem CIA abschließen. Sie liefern dafür als authentische Meldungen getarnte CIA-Nachrichten an Agenturen und große Zeitungen. Konkret sieht das so aus: von einer CIA-Einheit wird über Fernschreiber ein fingierter oder frisierter Bericht an den örtlichen CIA-Agenten übermittelt, der für Propaganda zuständig ist. Dieser formuliert daraus eine fertige Meldung und gibt sie an den CIA-Kontraktjournalisten weiter. Dieser bringt sie dann in seiner Zeitung unter. Ist die Nachricht erst einmalirgendwoerschienen, wird sie wieder von anderen Propagandaagenten aufgegriffen und mit Angabe der Zeitung als glaubwürdiger Quelle weltweit weiterverbreitet. Speziell in Chile sind zur Zeit Allendes auf diese Weise tausende von verleumderischen und entstellenden Geschichten lanciert worden und innerhalb und außerhalb Chiles hin und hergeschoben worden. Als ich als CIA-Agent in Montevideo arbeitete, hatten wir einen hauptverantwortlichen Journalisten, der die CIA-Nachrichten dann an zwölf weitere Journalisten weitergab, die bei ihm unter Vertrag standen, und die dann für Veröffentlichung sorgten.

Seitdem ich meine CIA-Erfahrungen veröffentlicht habe, bin ich selber Objekt solcher Falschmeldungen geworden. Etwa alle sechs Wochen taucht irgendwo eine merkwürdige Nachricht auf, die mich unglaubwürdig machen soll, Veröffentlichungen über den CIA diskreditieren soll und liberalen Kritikern vor mir Angst machen soll. Kürzlich verschickte ein Korrespondent der „Los Angeles Times" einen Bericht, in dem behauptet wurde, ich hätte dem KGB den Namen eines polnischen Offiziers und West-Spions zugespielt. Die Geschichte ist total erfunden, aber die Funktion ist klar.

ID: Hat sich durch die zahlreichen Veröffentlichungen über CIA-Aktivitäten in letzter Zeit etwas verändert?

Ph: Tatsächliche Veränderungen von Politik und Aktivität des CIA hängen von tatsächlichen Veränderungen innerhalb der USA ab. Trotz des stetigen Flusses an sensationellen Enthüllungen haben Ford und Kissinger immer wieder betont, daß die Funktions- und Einsatzfähigkeit des CIA erhalten bleiben muß, d.h., daß der CIA jederzeit wiederholen können muß, was er in Chile gemacht hat. Die zugrundeliegende Politik der USA ist die Ausbeutung ganzer Völker, und zur Durchführung dieser Politik ist der CIA unentbehrlich. Die amerikanische Politik, so wie sie ist, ist auf die Operationen des CIA angewiesen.

ID: Was für Möglichkeiten gibt es, sich dagegen zu wehren?

Ph: Solange diese Politik nicht selbst verändert wird, kann man sie bekämpfen, indem man die Instrumente dieser Politik schwächt. Deshalb ist es so wichtig, die Namen von CIA-Agenten offenzulegen — sind sie erst einmal bekannt, müssen sie gehen. Und dadurch wird die Fähigkeit und die Macht des CIA, einen neuen Pinochet aufzustellen, eingeschränkt. Genau darum geht es — und nicht darum, daß irgendwelche Leute erschossen werden.

EINE UNVOLLSTÄNDIGE CHRONOLOGIE VON CIA-OPERATIONEN

FRANKFURT (ID) 29. Januar Das Hauptgewicht der CIA-Aktivitäten liegt eindeutig bei den „Covert Operations", den je nach Lage politischen und/oder paramilitärischen Interventionen überall auf der Welt, wo amerikanische Herrschaftsinteressen bedroht sind. Diese „verdeckten Operationen" sind Kriege zwischen Krieg und Frieden, sind Terrorismus im weissen Kragen.

Diese Operationen sind etwas ganz anderes als die bald schon romantisch anmutende herkömmliche Spionage und Aufklärung, für die ausschließlich der CIA offiziell geschaffen wurde. Covert operation heißt, eine gegebene politische Situation zu beeinflussen um ein bestimmtes Ziel mit allen legalen und illegalen Mitteln zu erreichen. Ein ausgeschiedener CIA-Mann faßte es so: „Von den ungefähr 16.500 Berufsagenten und dem 750 Millionen Dollar-Etat des CIA stehen etwa 11.000 Leute und 550 Millionen Dollar für geheime Einsätze zur Verfügung. Nur 20 % der CIA-Beschäftigten arbeiten an Aufklärung und Informationsbeschaffung". Die Taktiken der Operationen enthalten „Einstellung von wohlplazierten Agenten, Bestechung, Rekrutierung von Söldnertruppen, und eine Vielzahl anderer Methoden, um direkt die Politik oder Lebensdauer von fremden Regierungen zu beeinflussen."

Auf die Frage, ob der CIA in anderen Ländern Aktivitäten entfalte, die in Amerika illegal sind, antwortete der scheidende CIA-Chef Colby: „Natürlich, wir sind täglich damit beschäftigt, durch klandestine Operationen, die geheimgehalten werden und illegal sind, in anderen Ländern etwas in Erfahrung zu bringen. In den geschlossenen Gesellschaften und Ländern, mit denen wir diese Welt teilen, machen wir eine Menge Sachen, die nach unseren Maßstäben illegal sind, und ich glaube, daß ist ein ganz natürlicher Aspekt..."

Was dieser ganz natürliche Aspekt des amerikanischen Imperialismus für alle Völker bedeutet, die für ihre Rechte und um ihre Befreiung kämpfen, sei hier in aller Unvollständigkeit aufgezählt:

Ende der vierziger Jahre: Unterstützung von Untergrundbewegungen in Albanien, erfolglos.

1947-75 Infiltration von Nachrichten bei der britischen Agentur Reuter

1948 - 1970 Finanzielle und politische Unterstützung für osteuropäische Emigrantengruppen, speziell in Westdeutschland.

1948 - 1967 Aufbau und Unterstützung des „Kongresses für kulturelle Freiheit" (congress for cultural freedom) in Westeuropa, über den speziell in England und Deutschland antikommunistische Politik betrieben wird. In der BRD wird mit Unterstützung des „Kongresses" die Zeitschrift „Der Monat" herausgegeben, in England „Encounter".

1949 - 1973 Bezahlung und Unterstützung der antikommunistischen Sender „Radio Free Europe" und „Radio Liberty" in München, die auch als Tarnung für „journalistische" Besuche in Osteuropa und der UdSSR dienten.

1949 bis Mitte der sechziger Jahre: Organisierung von Guerilla-Überfällen auf die Volksrepublik China.

Anfang der Fünfziger Jahre: Unterstützung von Untergrundbewegungen in der Ukraine und Polen.

1950 - 1953 Unterstützung der Philipinischen Regierung im Kampf gegen die Huk-Guerillas.

1951	Gründung des „Center for International Studies" in Amerika, das zum Vorbild einer Reihe weiterer CIA-geförderter Denkfabriken wird.
1953	Finanzierung eines Staatsstreichs gegen die Regierung Mossadegh in Persien, Einsetzung des Schahs.
1954	Organisierung des Staatsstreichs gegen die Regierung Arbenz in Guatemala.
1954	Organisierung eines Massenexodus von Katholiken aus Nordvietnam.
1954 - 1963	Unterstützung des Diem-Regimes in Südvietnam, Organisierung von Guerillaaktionen gegen Nordvietnam, Mitwirkung am „Befriedungsprogramm" in Südvietnam.
1958	Lieferung von Waffen, Durchführung von Bombenangriffen und Finanzierung eines gescheiterten Putsches gegen Indonesiens Präsident Sukarno.
1958	Geheime Intervention in Chile, um die Wahl von Salvator Allende zu verhindern.
1959 - 1960	Ausbildung und Finanzierung von tibetanischen Guerrillas zum Einsatz gegen China.
1960	Ausbildung und Einsatz von Exilkubanern zur Niederschlagung eines Volksaufstandes in Guatemala.
1961	Organisierung der erfolglosen Invasion in der Schweinebucht, um Fidel Castro in Kuba zu stürzen.
1961	Intervention im Kongo; Unterstützung von Adoula und Mobutu gegen Lumumba, Einsatz von B-26 Bombern und exilkubanischen Söldnern.
1961 - ?	Unterstützung von Holden Robertos FNLA in Angola.
1961 - ?	Organisierung von bewaffneten Überfällen auf Kuba, durchgeführt von in Miami residierenden Exilkubanern.
1962 - 1973	Organisierung und Führung einer Geheimarmee in Laos, die bis zu 35.000 Laoten und 17.000 Thais gegen die Pateth Lao einsetzt.
1962	Bereitstellung von 20 Millionen Dollar in Brasilien, mit denen hunderte von Kandidaten im ganzen Land gestützt werden, die erfolgreich verhindern konnten, daß Präsident Joao Goulart eine Kongreß – mehrheit erhielt.
19[illegible]	Geheime Intervention in Chile mit einem Etat von 20 Millionen Dollar zur Verhinderung der Wahl Allendes.
1964	Inszenierung des Tonkin-Überfalls in Nordvietnam, bei dem amerikanischen Kongreß ein nordvietnamesicher Angriff vorgetäuscht wurde, der zur Freigabe von Kriegsmitteln führte.
1965	Aufbau eines Dschungelkrieg-Trainingscamps in Peru, von wo aus Volksaufstände niedergeschlagen werden.
1966	Organisierung von Kampagnen, Streiks und Sabotageakten zur Verhinderung der Wahl Dr. Jagans in Guyana, aktive Mitwirkung des amerikanischen Gewerkschaftsbundes Afl-Cio.
1967	Organisierung der Jagd nach bolivianischen Guerillas, die zur Ermordnung von Che Guevara führt.
1967	Organisierung von Kampagnen zur Verschärfung und Verwirrung der chinesischen Kulturrevolution. Dazu wurden gezielte Falschmeldungen über CIA-Radiostationen nach China gesendet und die Peking-Rundschau angehalten und sinnentstellend verändert, nachgedruckt und weiterversandt.
1967	Es wird enthüllt, daß viele private und öffentliche Organisationen über lange Zeit vom CIA manipuliert wurden. Darunter internationale Studenten-Austauschprogramme.
1967	Koordinierung des Phoenix-Programms in Vietnam, das die Zerschlagung der Vietcong-Infrastruktur zum Ziel hat. In den ersten zweieinhalb Jahren werden dabei 25.000 „mutmaßliche" Vietcongs getötet.
1967	Unterstützung von George Papadopoulos und anderer Militärs, Mithilfe beim Obristen-Putsch in Griechenland.
1970	Erneute – diesmal erfolglose – Intervention in Chile, um Allendes Wahl zu verhindern.
1973	Organisierung und Durchführung von verschiedenen Operationen in Chile, die Teil des Putsches gegen die Volksfrontregierung sind. Dazu gehören die Koordinierung und Unterstützung von Terroranschlägen der Rechten, Ausbildung und Finanzierung von paramilitärischen Gruppen. Manipulation von Nachrichten über die chilenische Situation, Aufbau eines Schwarzen Marktes, international wirtschaftspolitische Manipulierung und Unterstützung von Sabotageakten; dafür standen mindestens 8 Millionen Dollar zur Verfügung.
1974	Zensur eines Buches der ehemaligen CIA-Agenten Marks und Viktor Marchetti über ihre CIA-Erfahrungen. Per Gerichtsbeschluß dürfen 184 Passagen nicht veröffentlicht werden.
1975	... ?
1976	... ?
1977	... ?

ÜBER DAS AUFSPÜREN VON SPIONEN

Der CIA ist so mächtig, wie kaum eine geschlossene Organisation auf der Welt. Ihn deshalb für allmächtig zu erklären, wäre ein grosser Fehler und läge nur in seinem Interesse.

Die größte Verwundbarkeit eines Geheimdienstes – der Name sagt es – liegt in der banalen Tatsache, daß er einpacken kann, wenn er nicht mehr geheim ist. Und zum Aufdecken der traditionellen Doppelidentität Diplomat – Geheimagent braucht man keinen neuen Geheimdienst zu beauftragen, braucht keine Leute zu erpressen oder zu bestechen: man braucht nur ein paar öffentlich zugängliche Publikationen der amerikanischen Regierung zu studieren, viel Geduld und einige Informationen über die Organisationsform des CIA.

In dem Gegensatz dieser archaischen Methode zu dem Macht-Geld- und Computerbewaffneten CIA liegt eine ermutigende Pointe. 1974 veröffentlichte der ehemalige CIA-Agent John Marks in einer Washingtoner Zeitschrift den Aufsatz „How to spot a Spook" (= sinngemäß unsere Überschrift) in dem er erklärte, daß für CIA-Agenten in diplomatischer Verkleidung nur eine bestimmte Anzahl von Funktionsbezeichnungen mit dem Außenministerium abgesprochen sind, um interne Verwechslungen mit legitimen Diplomaten zu umgehen.

Alle Diplomaten – die echten wie die falschen – werden in einer vom State Departement herausgegebenen Liste, die über Ort und Tätigkeit Auskunft gibt, aufgeführt. Zudem erscheint jährlich ein Band mit Kurzbiographien der im amerikanischen Staatsdienst Beschäftigten.

Kennt man nun die verschiedenen Tarnbezeichnungen, mit denen in diesen Listen CIA-Tätigkeiten umschrieben werden, braucht man einen „verdächtigen" Diplomaten nur in den dickleibigen Bänden eine ausreichend lange Zeitspanne zurückzuverfolgen. Ist er tatsächlich ein Agent und kein Diplomat, taucht an irgendeinem Punkt seiner Biographie oder seiner Tätigkeitsbeschreibung mit großer Wahrscheinlichkeit eine der verräterischen Attrappe-Funktionen auf.

Bei entsprechenden Informationsquellen ist daraufhin auch die Adresse des Agenten ausfindig zu machen. Und das ist dann auch alles.

CIA–NAMEN BEIM NAMEN NENNEN – EINE AUFZÄHLUNG BISHERIGER VERÖFFENTLICHUNGEN

FRANKFURT (ID) Die europäischen CIA-Stationen müssen gründlich umbesetzt werden. In der Linken und liberalen Presse aus 12 Ländern wurden im letzten Jahr fast 250 Namen und teilweise Adressen von CIA-Agenten unter diplomatischem „Cover" veröffentlicht. Für diese Leute schnellen und gleichwertigen Ersatz zu beschaffen, stellt auch den mächten CIA vor allerhand Schwierigkeiten. Ein amerikanischer Journalist formulierte es so: „Wenn man den Namen eines CIA-Agenten herausfindet und veröffentlicht, ist das, als wenn man eine Qualle auf den heißen Strand setzt– sie kann nichts mehr machen." Auch der CIA-Chef William Colby scheint das verstanden zu haben. Zu den vielen Veröffentlichungen über CIA-Operationen und den sich häufenden undichten Stellen sagte kürzlich Colby, wenn diese Sachen nicht geheim blieben, dann „klappt das System nicht." Hoffen wir es.

Datum	Zeitung	Land	Veröffentlichung über die in dem jeweiligen Land arbeitenden CIA-Agenten
Anfang 1975	Counterspy	USA	benannte die meisten CIA-Stations Chefs in Europa
März 1975	Time Out	England	62 Namen plus Fotos
Mai 1975	Workers Press	England	dieselben wie Time Out
Juli 1975	Sunday Times	England	Foto des englischen CIA-Chefs
Juli 1975	República	Portugal	ca. 10 Namen
Oktober/ November 1975	verschiedene angesehene Zeitungen	Schweden, Norwegen und Finnland	insgesamt ca. 40 Namen
Januar 1976	Time Out	England	drei neue Namen
Januar 1976	Socialist Worker	England	dieselben wie Time Out
Januar 1976	Libération	Frankreich	ca. 50 Namen
Januar 1976	Cambio 16	Spanien	ca. 10 Namen
Januar 1976	L'Espresso, L'Europeo, Repubblica	Italien	insgesamt ca. 40 Namen
Januar 1976	Vriy Nederland	Holland	sieben Namen
Januar 1976	Nouvel Observateur	Frankreich	Bild des französischen CIA-Chefs
Januar 1976	– – – –	Angola/Zaire	18 Namen von CIA-Agenten an die MPLA gegeben
Februar 1976	ID	BRD	15 Namen

ID 1976



EINE NEUE TERRORISTEN-STORY AUS DER BKA-MASSENMEDIEN-PRODUKTION

FRANKFURT (ID) 23.Januar Das Presse-Kombinat BKA/Massenmedien und ihre Maulkorb-Journalisten haben ein weiteres Opfer in der Freekwork-Kommune gefunden. Wie gehabt, werden voneinander unabhängige Fakten zu einer Terroristen-Story zusammengezimmert. Dazu das Info der Freekwork:

„Am Montag, 5.1.1976, stand ein Artikel im Spiegel auf seite 28: ...am 20. September tauchte Böse mit Braut in der Obergasse 30 zu Ober-Olm bei Mainz auf einer 120-Mann-Fete der Kommune Freakwork auf ..." Das Ganze steht unter der Überschrift „Terroristenkontakte mit Kadern!"

Es ist bezeichnend, wie geschickt es wieder mal verstanden wurde, den Namen Kommune und auch noch deren volle Adresse in Verbindung mit Terrorismus zu bringen. Der Böse, (in Verbindung mit der Entführung der OPEC-Minister gesucht) der bestimmt schon einmal im Kaufhaus Horten eingekauft hat, wird niemals in Verbindung mit Herrn Horten gebracht: „Horten, Schlupfloch für Terroristen".

Was den Spiegel dazu bewog, in diesem Zusammenhang unsere Kommune mit genauer Anschrift zu benennen, kann man nur vermuten. Tatsache ist, daß diese Information für den Leser keine interessante Meldung zum Terroristenproblem ist. Man hätte auf diesen Satz also verzichten können. Aber der Spiegel-Reporter mußte seine persönliche Abneigung wohl zu Papier bringen.

Und es hat geklappt: am selben Tag kreuzte die „Allgemeine Zeitung" bei uns auf. Trotz der ganz klaren Antworten von uns stand am nächsten Tag folgendes in der Rhein-Main-Nahe–Ausgabe: (überregionaler Teil, Ausschnitte) „Freekwork heißt wörtlich in etwa Monsterwerk ... die Kommune, die zum Teil aus früher drogenabhängigen Jugendlichen besteht ..."und ähnlicher Schwachsinn. Richtig ist, daß mehrere von uns mal in Mainz das Release gemacht haben. Aber das alles stand unter „V-Mann der Terroristen unauffindbar".Und es stand da, Kommunen seien Schlupflöcher für Terroristen.

Das ist aber nicht alles. Es dreht sich bei dieser Sache nicht mehr nur um Freekwork (im Spiegel wurden noch drei Frankfurter Kommunen mit Adresse benannt),sondern um alle Kommunen und Wohngemeinschaften. Die andauernde Kriminalisierung von Kommunen ist ein Teil der Zerstörung einer Idee, die gerade dabei ist, sich auszubreiten, da das Leben in der Kommune für viele eine echte Alternative bedeutet. Mit dem Trick, Kommunen andauernd mit Terroristen in Verbindung zu bringen, können es die Medien schaffen, das von ihnen aufgebaute Vorurteil unrevidierbar zu machen. Die Masse kriegt einen Haß auf Terroristen eingepflanzt, der sich auf Kommunen überträgt, da sie ja die Schlupflöcher der Terroristen sein sollen.

Wir haben zwei Schülerinnen. In der einen Schule waren wir das Tagesgespräch Nummer eins. Das Mädchen wurde vor den Direktor geladen. Man wollte sie warnen vor uns, die sie in ihr Verderben locken. Gegen die Eltern von zweien wurde eine anonyme Bombendrohung ausgesprochen. Der Haß gegen Kommunen wird in den meisten Medien geschürt. Dagegen müssen wir uns wehren."

Freekwork fordert zu einer Briefaktion gegen den verantwortlichen Spiegelschreiber Wolfgang Malanowski, Brandstwiete 19, 2000 Hamburg auf. Ebenso sollen Beschwerden an den Deutschen Presserat, Spiegel und Augstein geschickt werden.

Der Deutsche Presserat erklärt sich auf die entsprechende Beschwerde des Journalisten Wieben wegen Verletztung der Sorgfaltspflicht und falscher Tatsachenbehauptung hin unfähig, die Beschwerde überhaupt lesen zu können; die Beschwerde sei „ein schwer leserlicher und nicht zur Vervielfältigung geeigneter Durchschlag" und die Beschwerdepunkte seien nicht ausreichend bezeichnet." (!) Der Spiegelschreiber Malanowski antwortete auf die Beschwerde von Wieben: „Ihre Einwände gegen unsere Terroristengeschichte kann ich nicht teilen. Daß Journalisten versuchen, Hintergründe und Vita von Terroristen und deren möglichen Verbindungsleuten aufzuhellen, ist für mich selbstverständlich." Unmittelbar nach dem Diktat ist Malanowski verreist.

RCDS ERFINDET BAADER–FILIALE

BOCHUM (ID) 29. Januar Die journalistische Konstruktionsfreiheit, alle politisch unliebsamen mit "Terroristen" in Verbindung zu bringen, scheint nach richtungsweisenden Artikeln in "Spiegel", "Stern" und "Zeit" (s.ID 109, Gegendarstellung Betroffener zu Berichten in den Massenmedien) in Mode zu kommen:

In den Bo-Nachrichten, Bo steht für Bochum, 1/76 vom Februar, steht in einem Artikel mit der Überschrift "Querenburger Bombenküche" – "Anlaufstelle Internationaler Terroristen" die hirnrissigsten Ungeheuerlichkeiten über den Politischen Buchladen. Der Buchladen, Im Westenfeld in Bochum-Querenburg in einem Haus der Stadt Bochum untergebracht, sei Anlaufstelle internationaler Terroristen. Begründet wird dieses infame Konstrukt auch damit, daß der "Politische Buchladen offensichtlich eine von fünf offiziellen Anlaufstellen für die Baader-Meinhof-Sympathisanten" sei. Dies gehe aus ID, Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten, hervor. Diese Wochenschrift ist "von A.Baader, dem Chef der Baader-Meinhof-Bande, gegründet und hat die Aufgabe, über anarchistische Tätigkeit im In- und Ausland zu berichten. Auf der Titelseit von ID sind fünf, darunter vier deutsche Adressen als Kontaktstellen angegeben, unter denen sich der Querenburger Buchladen befindet". Gefordert wird die sofortige Schließung des politischen Buchladens im Westenfeld.

Die Bo-Nachrichten werden vom Ring christlich demokratischer Studenten in Bochum verlegt. Als Herausgeber der monatlichen Zeitung, die in einer Auflage von 17.000 Exemplaren gedruckt wird, fungiert Rolf Dieter Breitbach.

Wir vom ID haben eine Gegendarstellung abgeschickt und rechtliche Schritte gegen diese Verleumdung eingeleitet.

NEUES AUS DEM WEIßWURSTLANDE

MÜNCHEN (ID) 22. Januar Die Münchner Stadtzeitung Blatt hat schon wieder zwei neue Strafbefehle ins Haus stehen. Diesmal,teilt die Sta mit, geht's um den Arikel „von Goppels Gnaden" im 48.Blatt, den der Mitarbeiter Armin Witt geschrieben haben soll. Wegen folgender Äußerungen fühlt sich der bayrische Ministerpräsident Alfons Goppel beleidigt: ... „der ein wenig senile bayrische Weißwurstpräsident Goppel" ... und ..."unser Landesvater Goppel ist mit seinen 78 Jahren sicher nicht mehr in der Lage,das zu reflektieren, was man ihm aufs Rednerpodium fallen läßt"... Das kostet den vermutlichen Schreiber A.W. 3300 DM und Zerquetschte oder 110 Tage Knast, für den Verantwortlichen vom 48. Blatt,W. Stoye,bringt's 1800 Eier oder 60 Tage Gitterblick. In dem Artikel ging's um die Tatsache, daß Goppel behauptet hat, daß Lebenslängliche in Bayern grundsätzlich erst nach mindestens 18 Jahren begnadigt werden. (im Zusammenhang mit einem Gnadengesuch von Vera Brühne). Die Blattleute fanden nun mühelos heraus, daß dies nicht stimmt, denn begnadigt wurden in Bayern immerhin: nach 7 Jahren Walter Schmidt, Massenmörder an zahllosen Geisteskranken, nach 9 Jahren Hans Zöberlein, Erhängung von 8 Einwohnern in Pensberg in Bayern, nach 9 Jahren Hermann Schepp, Ermordung eines Jungkommunisten und Egon Zill, KZ-Chef von Dachau, der wegen Massenmordes verurteilt wurde und den man nach 14 Jahren begnadigte. Gegen beide Strafbefehle ist natürlich Einspruch erhoben worden.

BUNDESNACHRICHTENDIENST UND ILLEGALE WAFFENGESCHÄFTE

FRANKFURT (ID) 29. Janaur Im Frühjahr 1969 wurde offensichtlich der frühre Regierungsdirektor beim Bundesnachrichtendienst (BND), Hauschildt, CSU-Mitglied, für die Waffenhandelsfirma Dobbertin in Hamburg von seinem Dienst beim BND freigestellt, „damit dieser für den Geheimdienst in einer Waffenfirma in leitender Funktion tätig werden konnte". Begründet

wurden die illegalen Waffengeschäfte von der Bundesregierung mit den „zunehmenden Aktivitäten der Sowjetunion in der dritten Welt", denen man entgegenwirken müsse. Die Vorgänge waren dem damaligen Staatssekretär im Bundeskanzleramt Karl Carstens bekannt und wurden auch ausdrücklich von ihm gebilligt. Im Guillaume–Untersuchungsausschuß hatte Carstens noch am 10.10.74 bestritten, jemals etwas von Waffengeschäften des BND gehört zuhaben. Aus Akten des Bundeskanzleramtes geht eindeutig hervor, daß er von den Transaktionen wußte. Auf die darauf erfolgte Aussage des SPD-MdB Metzger, Carstens habe die Unwahrheit gesagt, strengte letzterer eine Klage gegen Metzger an. In der Zwischenzeit ist dieser Rechtsstreit in der ersten Instanz entschieden. Obwohl aus den Akten hervorgeht, daß Carstens von den BND-Geschäften wußte, entschied das Gericht gegen Metzger. Begründung: das Gericht glaubte Carstens, daß er sich vor dem Untesuchungsausschuß nicht mehr an die Waffengeschäfte erinnerte. Metzger konnte für seine Behauptung den Beweis nicht erbringen, da die entscheidenden Zeugen vom Bundeskanzleramt keine Genehmigung erhielten.

Außer der Firma Dobertin ist die Bonner Waffenhandelsfirma Merex in illegale Waffengeschäfte des BND verwickelt. In den Jahren 1964 bis 1966 übernahm sie auf Anweisung und mit Hilfe des BND insgesamt acht große Waffenlieferungen in Spannungsgebiete:

„1. Geschütze, Raketen, Maschinengewehre, Minen, Panzerfäuste und anderes Kriegsgerät im Werte von 4,4 Millionen Dollar nach Saudi-Arabien. ...

2. Infanteriemunition im Werte von 560.000 Dollar nach Saudi-Arabien. ...

3. 28 Flugzeuge vom Typ ‚Sea-Hawk' nebst Zubehör im Werte von 3,5 Millionen Mark nach Indien. ...

4. Munition verschiedenen Kalibers im Werte von 7,26 Millionen Dollar nach Pakistan ....

5. 89 Kampfflugzeuge vom Typ F 86 Sabre VI nebst Zubehör im Werte von rund zehn Millionen Dollar nach Pakistan. ...

6. Munition im Werte von 286.000 Dollar nach Pakistan.

7. Munition, Ersatzteile für Panzerfäuste und anderes Kriegsmaterial im Werte von 344.000 Dollar nach Saudi-Arabien.

8. Sieben Flugzeugzellen, 19 Strahltriebwerke, 107 Bordkanonen im Werte von 750.000 Mark nach Indien. ..." (FR, 21.11.)

Diese gesetzwidrigen Aktionen wurden mit allerhand Tricks vertuscht. Z.B. wurden die Ausfuhrgenehmigungen für die Waffen für Italien erteilt, die Ware wurde dann aber direkt nach Indien geliefert. Oder die 89 Düsenjäger vom Typ Sabre wurden zunächst von Bundeswehrpiloten in den Iran geflogen und landeten letztlich in Pakistan. Auch stellte das Bundesverkehrsministerium für diese Aktionen landeseigene Schiffahrtslinien zur Verfügung.

Wenn irgendwelche Schwierigkeiten für die Firma Merex auftauchten, schaltete sich sofort der BND ein. Der BND knüpfte Verbindungen zur Deutschen Bank in Köln, zum Gerling Konzern in Bonn und zu der Speditionsfirma Schenker & Co. in Düsseldorf, um Finanzierung, Versicherung und Transport der Waffen sicherzustellen. Auch wurden durch ihn Papiere beschafft, Kontakte ins Ausland und zu informierten Referenten und Staatssekretären in den Bonner Ministerien geknüpft. In einem Fall soll das Geschäft sogar zwischen dem damaligen Bundespräsidenten Lübke und dem pakistanischen Präsidenten Khan erörtert worden sein.

Bei unliebsamen Untersuchungen, z.B. gegen einen Referenten, der im Verdacht stand, von Waffenhändlern bestochen worden zu sein, oder bei Verfahren gegen die Merex AG wegen Umgehung von Ausfuhrbestimmungen, sorgte der BND dafür, daß diese nicht publik wurden. Im letzteren Fall gab es nur ein schlichtes Bußgeldverfahren. Auch versuchte der BND bei der Bonner Steuerfahndung ‚die Einstellung der Ermittlungen gegen die Merex Ag' zu erreichen.

Den ersten Anstoß zur Aufdeckung der Vorgänge gab dennoch die Steuer. Der Inhaber der Firma Merex, Mertins, hatte Anträge auf insgesamt 4,1 Millionrn Mark Umsatzsteuerrückvergütung für das Irangeschäft beantragt, von denen ihm 1,3 Millionen Mark bewilligt wurden. Die Steuerfahndung hatte zuvor von den Enthüllungen über die deutschen Waffenschiebereien durch einen Untersuchungsausschuß für Nah- und Fernostfragen des US-Senats gehört (Sommer 67). Am 13.1.70 forderte das Finanzamt das Geld zurück. Daraufhin leitete die Staatsanwaltschaft nach langen Ermittlungen am 11.3.73 dem Gericht die Anklageschrift zu. Das Gericht entschied zunächst, keine Hauptverhandlung durchzuführen, mit der Begründung, „Mertins sei kein Vorwurf zu machen, da er im Auftrag ... höchster Regierungsstellen gehandelt habe'. Die Staatsanwaltschaft legte Widerspruch ein mit der Begründung: daß man von den Angeklagten erwarten könne, „daß sie wissen und wußten ... daß auch höchste Regierungsstellen sich an das Gesetz halten müßten". Der Prozeß gegen Mertins und drei Mitarbeiter – Hambruch, Laurich und v. Brakels – begann am 20.11.75 und endete am 26.11.75 mit einem Freispruch für alle. Die Begründung, wie oben angedeutet, lautete: Die Firma Merex, d.h. die Angeklagten sind nicht verantwortlich zu machen, da die Geschäfte vom BND an die Firma herangetragen und gesteuert wurden. Die Firma hätte nie selbst die Initiative ergriffen. Das Gericht betonte ferner, „daß ihm ausschließlich die Aufgabe obliege, über Schuld und Undschuld der Angeklagten zu befinden, und nicht, Schuldfeststellungen hinsichtlich dritter Personen zu treffen ..." Damit sind vorerst (die Staatsanwaltschaft hat Revision eingelegt) die verantwortlichen Referenten und Staatssekretäre der Erhardt-Regierung und der BND aus dem Schneider. Verwickelt in die Waffenschiebereien waren die ehemaligen Staatssekretäre Karl Carstens (Auswärtiges Amt und Verteidigung), Karl Gumbel (Verteidigung), Rolf Lohr (Auswärtiges Amt), Ludger Westrick (Bundeskanzleramt) und Fritz Neef (Wirtschaft), sowie der Ex-BND-Chef Gehlen.

Ein Verfahren gegen die verantwortlichen Staatssekretäre ist auch deshalb nicht möglich, weil die Straftat verjährt ist. Dies gilt allerdings nicht für Carstens, da er durch den Strafverfolgungsschutz, den er seit 1972 als Mitglied des Bundestages genießt, die fünfjährige Verjährungsfrist aufgehalten wurde. Wie aus der Urteilsbegründung ersichtlich, war auch das Bundesamt für die gewerbliche Wirtschaft an den Geschäften beteiligt (obwohl dies zuvor dementiert wurde). Außerdem wurde dort zugegeben, daß eine „aktive Tarnung" aus Gründen des Staatswohles erforderlich und zulässig sein könnte.

Eigenartig bei den ganzen Vorgängen ist noch, daß am 3.4.69 bei einem Barackenbrand im Bundeswirtschaftsministerium wichtige Akten zum Merex-Komplex vernichtet wurden.

(aus: Antimilitarismus-Information Nr. 1/76)

C.A.R.P. VERSUCHT BEIM STADTJUGENDRING ZU LANDEN

FRANKFURT (ID) 28. Januar Für die vielgestaltigen Organisationen der Vereinigungskirche (ID 103, 106, 107) ist es wichtig, so schnell wie möglich einen guten Kontakt mit Institutionen, Kirchen und befreundeten Parteien anzubahnen, möglichst bevor über die üblen Praktiken und rechtsradikalen Hintergründe etwas bekannt wird Nach den Veröffentlichungen im ID und jetzt auch in der FR.

Anfang November 1975 versuchte jedenfalls die CARP-Propagandistin, sich beim Frankfurter Jugendring anzubiedern. Hier das Gedächtnisprotokoll des Telefonkontaktgesprächs:

Anruferin: Guten Tag, ich bin von der Gesellschaft zur Vereinigung des Weltchristentums und möchte mich gern mit Ihnen unterhalten.

Ich: (mir kam der Name zwar bekannt vor, kam aber nicht gleich drauf, wer das ist) Ja, worüber denn?

A.: Ich möchte Ihnen gerne was über die Ziele unserer Vereinigung erzählen.

Ich: (mir ging ein Licht auf) Sagen Sie, hat dieser Verein nicht auch was mit der CARP zu tun, die da an der Uni rummacht?

A.: Ja, die CARP ist unsere Studentenorganisation.

Ich: Ja, ich glaub, dann lohnt es sich nicht so recht, wenn Sie mir was erzählen.

A.: Warum denn nicht? Ich halte es für wichtig, wenn wir Sie über unsere Ziele und Vorstellungen aufklären.

Ich: Ach wissen Sie, mit Faschisten und Reaktionären haben wir es nicht so.

A.: Wie kommen Sie denn zu der Behauptung?

Ich; Na, man hat ja in der letzten Zeit einiges über Sie oder vor allem über die CARP gehört, gelesen und gesehen.

A.: (schlägt nen vertraulichen Ton an) Ja, aber über die Berichterstattung in den Massenmedien wissen wir doch bescheid, nicht?

Ich: Das hab ich weniger aus den Massenmedien, sondern aus Flugblättern Ihrer Leute. Und da steht drin "Kommunismus ist Faschismus" und das wird auch noch unter Polizeischutz verteilt.

A.: Ja, das stimmt doch auch; deshalb möchten wir Sie auch über die Gefahren des Kommunismus aufklären. Wie die auf sowas reagieren, sieht man ja an der Universität.

Ich: Ach, wissen Sie, da möcht ich lieber über die Gefahren des Faschismus so in Ihrem Club aufklären.

A.: Was Sie da bringen mit dem Faschismus, ist ne böse Unterstellung!

Ich: Ach nee, und wie ist das bei Ihnen?

A.: Das ist ja auch die Wahrheit.

Ich: (hab in der Zwischenzeit ne ID-Nr., in der was über die CARP drinsteht, rausgesucht) Sagen sie, stimmt es denn nicht, daß der Bo Hi Pak bei Ihnen in der Kirchenhierarchie mit an der Spitze steht?

A.: Ja.

Ich: (zitiere aus dem ID) Und der war doch von 1961 bis 64 südkoreanischer Militärattaché in Washington und hat den südkoreanischen CIA mitaufgebaut und die haben doch mal in der Bundesrepublik 'n Haufen Studenten und so entführt. Das find ich schon ganz schön faschistisch.

A.: Ja, aber ...

Ich: (zitiere weiter) Und Ihr amerikanischer Anwalt ist doch Robert Amory, oder?

A.: Ja.

Ich: Ja, und der war doch mal führender Mann im amerikanischen CIA. Und was die für ne Rolle in der Welt spielen, ist ja wohl allgemein bekannt.

A.: Ja, das zeigt doch ganz deutlich, wie wichtig es ist, daß wir mal bei Ihnen vorbeikommen und darüber reden.

Ich: Auf ne Sympathiewerbung fürn CIA können wir hier verzichten. Und, um das mal klarzustellen, der Jugendring ist ein Zusammenschluß von mehreren Jugendverbänden, die sich alle als antifaschistisch begreifen ...

A.: Ja, deshalb ist es wichtig ...

Ich: Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein Treffen mit Ihnen für Sie ungefährlich wäre, und zu holen ist für Sie bei uns auch nichts.

A.: Wir wollen auch gar nichts holen, nur informieren. Ja, sind Sie jetzt an einem Gespräch interessiert?

Ich: Wenn Sie das jetzt noch nicht begriffen haben, sag ich das nochmal langsam: mit Ihnen wollen wir nichts zu tun haben.

A.: Dann vielen Dank (!), auf Wiedersehen.

„AKTION WASSERSCHLAG" GEGEN WOHNGEMEINSCHAFTEN IN BREMEN

BASISBERICHT

BREMEN(ID) 29. Januar — Wir schicken euch heute einen sehr wichtigen Bericht von einer ausgesprochenen faschistischen Polizeiaktion des BKA in der letzten Woche in Bremen und Umgebung. Dieser Bericht ist authentisch, von Betroffenen geschrieben, und beschränkt sich auf die wichtigsten Ereignisse dieser zwei Tage. Für Bremen und Umgebung sind dies die ersten derartigen extremen Erfahrungen, abgesehen von der Zeit der Solidarität mit dem Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF.

(Die von der Polizeiaktion am 23./24. Januar Betroffenen.)

„Tagelang wurden in Bremen und in mehreren Dörfern im Kreis Grafschaft Hoya Land- und Stadtwohngemeinschaften bespitzelt, bevor das BKA in Zusammenarbeit mit örtlicher Kripo zu einer neuen „Aktion Wasserschlag" ausholte. Als Vorwand diente die angebliche Suche nach zwei Männern, die jedoch nicht gefunden wurden.

Drei Land-WG's und eine Frauen-WG in Bremen, sowie das Frauenzentrum wurden am Freitag, dem 23.1.76 in der Zeit zwischen 15 und 19 Uhr von insgesamt über 100 schwer bewaffneten Polizisten durchsucht, 14 Personen wurden vorübergehend festgenommen, von einer Stadt zur anderen verfrachtet, und schließlich in Hannover stundenlang verhört. Nach 24 bzw. über 30 Stunden wurden alle wieder freigelassen.

Einige der Betroffenen sahen sich zum ersten Mal derartig massiven Polizeistaatsmethoden ausgesetzt und reagierten entsprechend schockiert. Einige haben unter Drohungen auch ungewollte Aussagen gemacht.

Das Frauenhaus mit einer Frauen-WG und dem Frauenzentrum der Selbstverwalteten Autonomen Frauengruppen wurde am Freitag nachmittag von der schwerbewaffneten Polizei umstellt. Sie brachen die Haustüre gewaltsam auf und drangen auch durch das Frauenzentrum in das Haus ein. Im Zentrum kontrollierten sie die beiden anwesenden Frauen, ihre Handtaschen sowie alle herumliegenden Papiere. In der WG oben im Haus war einMädchen allein zu hause. Ein Ziviler stürzte mit entsicherte Pistole in den Raum. Die anderen, teilweise mit MP bewaffneten und mit kugelsicheren Westen ausgerüsteten Polizisten postierten sich im Treppenhaus und drangen in die Wohnung ein. Das Mädchen fragte, was sie suchten und ob sie einen Hausdurchsuchungsbefehl hätten, worauf erwidert wurde, daß es diesen nicht gäbe, er aber nachträglich richterlich ausgestellt würde, wegen „Gefahr im Verzuge". Sonst wurde auf Fragen nicht geantwortet. Es wurde mit der Durchsuchung begonnen. Eine halbe Stunde später kamen zwei weitere Mädchen, die in der WG wohnen ,mit einem Anwalt. Sie hatten von außen das Haus umstellt gesehen und sich gleich um den Anwalt gekümmert. Die Polizisten hatten sich inzwischen über die Räume verteilt und durchsuchten intensiv alle Post- und Schriftstücke, Schränke, Bücher etc. In der zweiten Etage wurden Fingerabdrücke genommen und es wurde überall viel fotografiert. Das Mädchen wurde von zwei Polizisten ständig bewacht. Etwas später, nach Eintreffen des Anwaltes, kam noch eine Anwältin, die in der Nachbarschaft wohnt, alarmiert durch Frauen des Frauenzentrums. Die Polizisten reagierten sehr gereizt und irritiert auf Fragen und Hinweise der Anwälte, daß z.B. keine Zeugen bei der Durchsuchung anwesend seien. Auf die Frage nach der Absicht der Durchsuchung, antwortete der Einsatzleiter Emting, daß sie "zwei Männer suchen, die in den Untergrund untergetaucht seien." Nach einiger Zeit traf noch ein dritter Anwalt ein, wohl ebenfalls durch Zuschauer benachrichtigt. Er fragte ausdrücklich, worin denn die Gefahr im Verzuge bestehen würde, und bekam vom sichtlich aufgebrachten Einsatzleiter die Drohung zu hören, wenn er weiter so provoziere, würde man ihm "Behinderung einer Amtshandlung" anhängen und weiter wisse er ja wohl selber, daß es sich bei solchen Aktionen um "Kann-Bestimmungen" handle. Nachdem die Polizisten nun ziemlich schnell die Durchsuchung beendet hatten, wurde auf Befragen widerwillig geantwortet, daß 1.570 Mark beschlagnahmt worden waren. Über die beschlagnahmten anderen Sachen wurde bisher keine Auflistung ausgestellt und wir, die Bewohnerinnen, vermissen noch einige Sachen. Der Überfall lief unter den üblichen Beschimpfungen und Drohungen ab und kurz bevor die ca. 30 Polizisten wieder abrückten, wurde noch schnell ein betrunkener Passant "kontrolliert" und zusammengeschlagen.

So sah es auf dem Lande aus:

Am Freitag umkreisten gegen 14.30 Uhr etwa fünf Autos, aus allen Richtungen kommend, unseren Hof. Ihnen entsprangen etwa 20 Polizisten mit gezogenen Pistolen und MP's. Ein Teil umstellte das Haus. Die anderen stürmten alle Eingänge des Hauses und trieben die Bewohner und Besucher in der Küche zusammen.

Fragen nach dem Grund des Überfalls wurden nicht beantwortet. Einen Durchsuchungsbefehl gab es nicht (Gefahr im Verzug). Dann mußte jeder unter doppelter Bewachung seine Personalpapiere holen. Vorher wurden wir zum Teil mehrmals nach Waffen durchsucht. Nach etwa einer Stunde war die erste Überprüfung abgeschlossen und wir wurden in zwei Polizeiwagen nach Nienburg zur Kripo gefahren. Dort wurden wir erkennungsdienstlich behandelt. Anschließend wurden die je fünf festgenommenen Frauen und Männer in zwei enge Zweimannzellen gesteckt. Das war etwa um 18 Uhr. Bis 23.30 Uhr wurden wir so festgehalten und dann zum Teil auf dem Boden sitzend in zwei VW-Bussen nach Hannover transportiert. Dort wurden wir um 1 Uhr nachts im Polizeigefängnis ein Einzelzellen eingeliefert. Um 8 Uhr am nächsten Morgen begannen die Verhöre. Wir wurden hauptsächlich nach zwei gesuchten Personen gefragt. Die Verhöre dauerten zwischen 1 - 3 Stunden. Die ersten wurden dann um 19 Uhr am Samstag entlassen und wieder zum Hof zurückgefahren, die letzten waren gegen Mitternacht zu Hause.

Einer der Festgenommenen wurde auf dem Weg zurück nach Bremen nach Besuchen bei allen drei betroffenen Land-WG's schon Mittags um 12 Uhr, ca. 10 km vor Bremen, auf folgende Weise festgenommen:
Er wurde mit seinem Wagen von Zivilfahrzeugen eingekreist und mit vorgehaltenen MP's zum Halten gebracht. Auch dieser Überfall war vorbereitet, denn gleich darauf wurde die Straße von fünf Autos abgesperrt und der Verkehr umgeleitet. Der Betroffene wurde aus dem Wagen gezerrt und in Grätschstellung über den Kühler gezogen. Er wurde mit drei direkt an seinen Kopf gehaltenen Waffen in Schach gehalten. Dann wurde er bis auf die Unterhose ausgezogen und gefilzt. Nach dem Anziehen wurde er gefesselt auf den Boden geworfen und durch zwei auf ihn gerichtete MP's niedergehalten. Nach dem Abtransport wurde er in Bremen in eine hohe, enge Zelle gesteckt. Bei den Verhören wurden ihm für bestimmte Aussagen Bestechungsgelder von 100 bis 500 DM ansteigend geboten. Die Fragen zielten auf zwei gesuchte Personen hin. Während der 30ständigen Haft wurden ihm nur zwei Scheiben Brot und zwei Glas Wasser gewährt. Nachdem sich herausstellte, daß es sich um eine Verwechslung handelte, wurde der Betroffene endlich wieder frei gelassen.

Die dicksten Hämmer bei dieser Aktion:

*** grundsätzlich keine Durchsuchungsbefehle

*** stundenlange Durchsuchungen ohne Zeugen

*** Autos und Wohnungen wurden unverschlossen zurück gelassen

*** Pferde, Ziegen, Schafe, Hühner wurden unversorgt allein gelassen

*** ein miteingefangenes 15jähriges Pflegekind wurde die ganze Zeit in Einzelhaft gehalten und stundenlangen Verhören ausgesetzt

*** in einem Fall wurde während 30ständiger Haft in einer Sitzzelle nur Wasser und Brot gewährt.

*** Bestechungsgelder wurden während der Verhöre angeboten

*** in einer WG wurden 1.570 Mark ohne Quittung und Begründung beschlagnahmt.

Dieser neuerliche brutale faschistische Polizeiüberfall sollte ganz offensichtlich nicht nur zwei angeblich "untergetauchte" Personen ans Tageslicht befördern, wofür jeder Nachweis fehlt, sondern auf diese Weise sollen "die Sümpfe ausgetrocknet" werden, soll Angst und Schrecken verbreitet werden. Bei dieser Aktion zeigte sich nämlich auch, wie sehr die Staatsschützer unser Privatleben kontrollieren, — noch acht Jahre bis 1984. Die Festgenommenen wurden mit Fotoalben und Akten voller genauester Fotos und Informationen über den ganzen Freundeskreis konfrontiert. Die Art der Fragen zeigte detaillierte Kenntnisse über die Entwicklung verschiedener Wohngemeinschaften in Bremen und Umgebung auf dem Lande. Wenn du z.B. früher Tiefdruckretuscheur gelernt hast — wirst du heute verdächtigt, Pässe zu fälschen. Wenn du neue Lebensformen ausprobieren willst — wirst du verdächtigt,"Terrorist" zu sein oder solche zu unterstützen. Was aber, wenn du dich wehren willst. Wenn sie dich festnehmen, werden elementare Rechte nicht beachtet, sie bedrohen dich, damit du Aussagen machst. Auch "Belangloses" ist für sie nützlich. Wenn eine ganze Gruppe festgenommen ist, braucht jeder einen eigenen Anwalt. Durch Überfälle dieser Art sollen wir auch kriminalisiert werden. Die Vermieter unserer Wohnungen oder Häuser haben nun Gründe, uns zu kündigen, bisher freundliche Nachbarn sollen mißtrauisch werden.

Viele der Festgenommenen bei dieser Aktion glaubten, sie könnten bei den Verhören durch ein wenig Redebereitschaft Erleichterung erlangen. Im Grunde aber verwickelten sie sich in Widersprüche und gaben ungewollt Informationen preis, die diesem unmenschlichen Polizeiapparat nur weiterhelfen. Durch Reden reißt du dich nur noch mehr hinein. Niemand kann uns zwingen, Aussagen zu machen, man muß nur seine Personalien bestätigen. Wir haben das Recht auf einen Anwalt."

WEISSBECKER-HAUS DROHT ABRISS

BERLIN (ID) 26. Januar

Nach dem Willen des Bezirksamtes Kreuzberg soll das Thomas-Weissbecker-Haus am 2. Februar 1976 zwangsweise geräumt und abgerissen werden (siehe ID 19, 52, 71, 82). Obwohl diese folgenschwere Entscheidung schon Mitte Dezember getroffen worden ist, ist es den Bewohnern des Hauses bis heute nicht offiziell mitgeteilt worden und nur durch Zufall am 21. Januar 1976 bekanntgeworden.

Das Thomas-Weissbecker-Haus ist neben dem Georg-von-Rauch-Haus das seit März 1974 bestehende zweite selbstverwaltete Wohnkollektiv, in dem heute 25 Arbeiterjugendliche wohnen. Die meisten von ihnen lebten vorher in Heimen oder befanden sich auf Trebe. Es hat für die persönliche und berufliche Entwicklung dieser Jugendlichen eine nicht zu unterschätzende Bedeutung, da sie hier zum ersten Mal in ihrem Leben selbständig und gemeinsam organisieren konnten.

Das mußte auch Senat und Bezirksamt öffentlich anerkennen.

Die Räumungsandrohung trifft die im Haus wohnenden Jugendlichen in einer besonders kritischen Situation. Fast alle sind von der Arbeitslosigkeit betroffen. Sie haben in eigener Initiative Arbeitskollektive eingerichtet, mit denen sie sich selbst und anderen arbeitslosen Jugendlichen ermöglichen, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Außerdem sind sie dabei mit Unterstützung von Handwerksmeistern Berufsausbildung zu organisieren. In Zusammenarbeit mit der Technischen Universität finden im Haus Vorbereitungskurse zur externen Hauptschulabschlußprüfung statt. Diese wichtigen Arbeits- und Lernzusammenhänge würden durch die Räumung des Hauses zerstört, zumal der Senat sich außerstande zeigt, den Jugendlichen angemessene Alternativen bereitzustellen.

In dieser Situation besitzt das Bezirksamt die Stirn zu behaupten, es gehe allein um die Einhaltung von Brandschutzbestimmungen und Beseitigung baulicher Mängel. 300.000 Mark sollen plötzlich notwendig sein, um ein Haus bewohnbar zu machen, das seit März 74 bewohnt wird.

Bezirksamt und Senat wissen selbst am besten, daß die einzigen seit März 1974 neu entstandenen „baulichen Mängel" einem besonders barbarischen Polizeieinsatz anläßlich der Lorenz- Entführung zu verdanken sind (s. Dokumentationen des Th. Weissbecker-Haus und der Liga für Menschenrechte). Am 3. März 76 steht die gerichtliche Entscheidung über die Forderung des Thomas-Weissbecker-Hauses nach Schadensersatz in Höhe von 40.000 Mark an.

Obwohl das Bezirksamt selbst Eigentümer des Hauses ist und monatlich 2.000 Mark Miete kassiert (Senatszuschüsse), hat es seinerzeit den Jugendlichen einen Vertrag aufgenötigt, wonach die Beseitigung baulicher Mängel entgegen allgemein üblichen Mietverträgen den Mietern aufgezwungen wird. Dieser von Anfang an skandalöse Vertrag dient nun dem Bezirksamt als Vorwand und Erpressungsmittel, um das politisch unbequeme Wohnkollektiv loszuwerden.

Die Jugendlichen haben zusammen mit Architekten errechnet, daß die Beseitigung der festgestellten Mängel nicht mehr als 60.000 Mark kosten würde, wenn sie die Arbeiten zusammen mit Fachkräften selbständig ausführen. Hiervon müssen noch 36.000 Mark aufgebracht werden. Senat und Bezirksamt behaupten, diese Mittel nicht aufbringen zu können, obwohl sogar der geplante Abriß des Hauses ca. 20.000 Mark kosten würde.

Angesichts dieser empörenden und bedrohlichen Situation haben 30 Sozialarbeiter und Pädagogen aus Bezirksämtern, Verbänden, Kirchen und Hochschulen uns zur „Initiative zur Erhaltung des Thomas-Weissbecker-Hauses" zusammengeschlossen.

Um die Jugendlichen in der gegenwärtig kritischen Phase der drohenden Zerstörung des Hauses von Senat und Bezirksamt unabhängig zu machen und sie in ihrem Widerstand zu unterstützen, rufen wir zu einer Spendenaktion auf. Mit einer breiten finanziellen Unterstützung würde dem Bezirksamt unmöglich gemacht, weiter mit den vorgeschobenen Argumenten der Baufälligkeit oder der leeren Kassen zu operieren. Unsere Spendenaktion entbindet Senat und Bezirksamt nicht von den Verpflichtungen, den Jugendlichen die selbstgeschaffene materielle Existenzgrundlage zu erhalten. Die Initiative ruft auf:

1. einen Ihren finanziellen Möglichkeiten angemessenen Geldbetrag auf das Konto Nr. 06 1013548 bei der Sparkasse der Stadt Berlin West — Sonderkonto Thomas Weissbecker Haus — umgehend zu überweisen.
2. beim Bezirksamt Kreuzberg von Berlin, zu Händen Bezirksstadtrat Funk, Yorkstr. 4-11, 1000 Berlin 30 und beim Senator für Familie, Jugend und Sport, z.Hdn. Senatorin Reichel, Am Karlsbad

8-10, 1000 Berlin 30, gegen die drohende Räumung zu protestieren und Senat und Bezirksamt aufzufordern, das Fortbestehen des Wohnkollektivs und der Arbeitskollektive durch die Erhaltung des Hauses abzusichern. (Durchschriften bitte an das Thomas-Weissbecker-Haus, Wilhelmstr. 9, 1000 Berlin 61)

3. In Ihrem Arbeitsbereich und Bekanntenkreis Informationen weiterzuvermitteln und Solidarität zu organisieren (Spenden, Resolutionen, Artikel etc.)

4. wenn möglich, den Jugendlichen praktische Unterstützung zukommen zu lassen. Das Kollektiv braucht dringend Arbeitskräfte (Schlosser, Elektriker, Tischler, Maurer, Rohrleger, Installateure, Maler u.a.) sowie Baumaterialien und Werkzeuge. Außerdem werden für den Ausbildungsbereich der Arbeitskollektive Handwerksmeister verschiedener Berufe gesucht.

Letzte Nachricht (29. Januar): Die Bezirksverordnetenversammlung von Kreuzberg hat am 27. Januar beschlossen, daß das Thomas-Weissbecker-Haus den Bewohnern erhalten bleiben soll. Wer das Haus finanzieren soll, bleibt allerdings völlig im Unklaren, weil bisher nicht ein Pfennig für Instandsetzungskosten bewilligt worden ist. Somit ist klar, daß der für die Räumung neu angesetzte Termin für 4. Februar (24.00 Uhr) den Arbeitskollektiven ein Ende setzt, ebenso den Projekten der Berufsausbildung und den Vorbereitungskursen zur externen Hauptschulabschlußprüfung, weil bis dahin nicht möglich sein wird, der Forderung nachzukommen, zwei Drittel der Schäden zu beseitigen. Der Erhalt des Hauses wird zusätzlich von Statistiker-Gutachten abhängig gemacht, die noch nicht erstellt sind. Baustadtrat Kliem (CDU) hat geäußert: Wenn im Haus die meisten Mängel nicht beseitigt sind, wird geräumt. Die Bewohner haben Widerspruch gegen die Räumungsklage eingelegt, sie wollen drinbleiben und die Reparaturen zum Teil selbst ausführen (doch woher das Geld?). Sie haben eine einstweilige Verfügung beantragt, um den Beschied zu verschieben.

Es scheint sicher, daß das Bau- und Wohnungsaufsichtsamt in diesem Wohngebiet nicht am Erhalt eines solchen Projekts interessiert ist, wo bürgerliche Altbauten mit ihren großzügigen Architektur renoviert und für relativ hohe Miete an gutverdienende Angestellte und Freischaffende vermietet werden können.

NEUE AKTIONEN GEGEN FAHRPREISERHÖHUNG

BERLIN (ID) 28. Januar

Anfang Januar tauchten in der Berliner U-Bahn Flugblätter auf: überschrieben mit: „Wer kann sich diesen Senat noch leisten", unterschrieben mit „Schwarzfahrer, An der Bahnsteigkante 7", in denen zu den BVG-Preiserhöhungen von 60 Pfennigen auf 1 Mark gesagt wird:

„Im März werden die Fahrpreise um 60 % erhöht und dann alle zwei Jahre wieder. Daran sollen wir uns gewöhnen, meinen die Senatstypen. Sie sagen ‚mit dem neuen Fahrpreis werden 60 % statt heute 40 % der tatsächlichen Fahrkosten gedeckt'. Dabei tut der Senat gerade so, als ob die BVG ein Geschenk an uns wäre. Dazu gibt es drei Dinge zu sagen:

DER SENAT SCHENKT UNS NICHTS

Die Kosten, die nicht durch das Fahrgeld beglichen werden, zahlen wir mit unseren Steuern. Der Senat schenkt uns gar nichts – im Gegenteil, er steckt dicke Brocken der Steuermilliarden in Projekte, die uns überhaupt nichts bringen. Zu den bekannten Beispielen Steglitzer Kreisel und Kongreßzentrum ist in jüngster Zeit noch der dicke Hund mit der Druckerei Feyl gekommen. 18 Millionen in den Wind geschossen.

WIR FAHREN NICHT ZUM SPASS BVG

Während früher für viele der Arbeitsplatz direkt um die Ecke lag, verlängert sich heute der Arbeitstag durch lange Fahrzeiten. Aber anstatt daß wir die Fahrzeit als Arbeitszeit bezahlt bekommen, sollen wir jetzt auch noch mehr Geld für's Fahren hinblättern.

Kurz und gut: Die sogenannten Konjunkturförderungsprogramme nützen weder uns noch den Beschäftigten der BVG. Mit höheren Fahrpreisen finanzieren BVG und die großen Zulieferer ihre Rationalisierungen. Volle Kassen für die Unternehmer, Arbeitslosigkeit und Mehrarbeit für die Mehrheit der Bevölkerung.

Es gibt Wege, sich zu wehren! Diskutieren wir am Arbeitsplatz, zuhause, in der U-Bahn und im Bus, wie wir auf die Preiserhöhung antworten! "

Im „Tagesspiegel" (13.1.) stand darauf:

„Wieder Aufruf zum Schwarzfahren. Wegen der Aufforderung zu einer strafbaren Handlung ermittelt die Staatsschutzabteilung der Polizei gegen Unbekannt. In den Zügen der U-Bahn Linie 1 (Ruhleben – Schlesisches Tor) wurden am Wochenende Flugblätter verteilt, in denen angesichts der bevorstehenden Tariferhöhungen bei der BVG zum Schwarzfahren aufgefordert wird. Die Flugblätter fordern auf der Vorderseite in deutscher und auf der Rückseite in türkischer Sprache zu Maßnahmen gegen die Fahrpreiserhöhungen auf."

Trotz der Drohung mit dem Staatsschutz hißte am Sonnabendvormittag eine Gruppe von ca. 40 bis 50 Leuten am Karl-Marx-Platz in Neukölln vor den Augen vieler Einkäufer und Spaziergänger einige Transparente mit Aufschriften wie „Nulltarif statt Kongreßzentrum" und verteilte dazu dieselben Flugblätter.

Am Montag, 26.1., tauchten in vielen U-Bahn-Wagen Plakate auf, die auf den ersten Blick aussehen, wie die, mit denen die BVG gleich nach dem auftauchen der ersten gefälschten Fahrkarten der „Revolutionäre Zelle" die Leute warnte, diese Karten zu benutzen. Jene neuen Plakate haben die gleiche Farbe, gleiches Format, in etwa gleichen Schrifttyp und sind ähnlich gestaltet. Fahrgäste, die am frühen Morgen das Kleben beobachteten, schauten interessiert zu und lasen. Sie sind wie die Drohplakate der BVG mit „Sehr geehrter Fahrgast" überschrieben. Dann allerdings wirds anders: die Fahrpreiserhöhungen am 1. März werden kritisiert, das Defizit der BVG soll durch Steuermittel gedeckt werden, anstatt unsere Steuern für Kongreßzentrum, Steglitzer Kreisel oder andere Scheisse rauszuschmeißen. Da ein solcher Entschluß aber nicht vom Senat zu erwarten ist, werden sieben Tips gegeben, wie jeder wenigstens etwas Geld sparen kann (oder anderen helfen kann):

- gebrauchte Fahrkarten auf die Automaten legen, damit andere sie weiterbenutzen können, wenn sie in gleicher Richtung weiterfahren wollen,
- Kontrolleure lange, lange aufhalten,
- Schwarzfahrerversicherung
- Schwarzfahrerkollektive, die gemeinsam zur Arbeit oder Schule fahren und darum nicht kontrolliert werden können.
- gemeinsames Benutzen einer Monatsmarke.

Bei Tip 7 heißt es: „Wenn Sie eine Sammelkarte haben aber keinen Wert darauf legen, nach vier Fahrten eine neue zu kaufen, empfiehlt sich folgendes: Sie schützen Ihre Karte vor dem lästigen Entwertungsstempel, indem Sie ein Stück Papier daran falten. Das Papier bleibt im Entwerter und Sie ziehen Ihre Sammelkarte ohne Stempel heraus. Bei einer Kontrolle tun Sie ganz erstaunt, daß die Karte ohne Stempfel ist und erklären dem Kontrolleur, wo sie „entwertet" haben. Er wird den Automaten nachprüfen und Ihnen recht geben. Das Paier im Automaten verhindert das Abstempeln der nächsten Karten. Sie haben den Entwerter entwertet."

Unterschrieben wurde das Plakat von einer „Initiative zur gerechteren Steuerverteilung".

Außerdem steckten in verschiedenen Berliner Stadtteilen Flugblätter in den Briefkästen, in denen zu lesen war, daß Frauen für Frauen zahlreiche BVG-Automaten zerstört haben, denn: "Nicht nur, daß die Lebensmittel teurer werden, Anfang des Jahres erhöhten die uns auch die Miete, Strom, Gas und sogar die BVG will dann'ne Mark für eine Fahrt.... Aber unser Haushaltsgeld wird nicht erhöht. Mein Mann macht jetzt schon wieder Kurzarbeit....".

KINDERHAUS OBERFÖHRING – SELBSTDARSTELLUNG

MÜNCHEN (BLATT/ID) 22. Januar

Das Kinderhaus ist jetzt 6 Jahre alt. Die „antiauroritäre Phase" der Linken und die Kinderladenbewegung, aus denen es entstand, gelten zwar inzwischen als überholt, einige Ansätze und Gesichtspunkte daraus sind jedoch noch immer für uns wesentlich. Wir fördern die emotionale und soziale Entwicklung der

Kinder mehr als die kognitive, wir versuchen, auf Bestrafungen zu verzichten und alle Einschränkungen und Versagungen genau zu begründen.

Die Aktionen der Kinder laufen nicht völlig ohne Eingriffe durch Erwachsene ab, jedoch haben zum Beispiel die Spielinitiativen vor unserem Spielangebot Vorrang, in einen Konflikt wird nur eingegriffen, wenn es aussieht, als könnten die Kinder ihn nicht selbst befriedigend lösen. (Streit zwischen einem sehr starken und einem schwachen). Ausmaß und Art der Eingriffe sind altersspezifisch. Kleine Kinder brauchen mehr Unterstützung bei Gruppen- und Partneraktionen und Konflikten, größere ein stärker strukturiertes Spielangebot.

Im übrigen sind wir gerade dabei, unser Konzept, unsere pädagogischen Vorstellungen, Ansprüche und theoretischen Grundlagen neu zu überarbeiten. Diese Arbeit wird von den Eltern geleistet.

Die Elternarbeit ist bei uns eine der wichtigsten Grundlagen des Kinderhauses. Sowohl praktisch – es gibt für ein Kind vier feste Bezugspersonen (BP), aber Putzen, Aufräumen, Kochen, Vertretung der BP's während der wöchentlichen BP-Besprechung und Fahrdienste werden von den Eltern erledigt – als auch theoretisch und organisatorisch. Dahinter steht, daß die Kinder ihre Eltern als dem Kinder haus zugehörig empfinden sollen.

Auf den wöchentlichen Elternabenden werden neben organisatorischen Fragen die Inhalte der Kinderarbeit besprochen, Probleme und Schwierigkeiten der Kinder und – nicht zuletzt – auch die der Eltern, da erstere meist durch letztere verursacht sind.

Dazu ist es natürlich nötig, daß auch zwischen den Eltern und Bezugspersonen enge und vertrauensvolle Beziehungen bestehen. Dies hat in einigen Phasen der Kinderhausgeschichte zu einem ziemlichen Beziehungswirrwarr geführt. Andererseits springt auch für die Eltern emotionale Sicherheit und das Gefühl, mit seinen Eltern-Kind-Problemen nicht alleine gelassen zu werden, heraus.

Diese Form der intensiven Elternmitarbeit wird jedoch von vielen Eltern als zu starke Belastung empfunden, besonders, wenn beide Eltern voll arbeiten. Unsere Kinder kommen alle aus einer privilegierten Schicht, in der Regel sind die Eltern Intellektuelle.

Ein weiterer Nachteil des Kinderhauses ist seine „Inselsituation". Die Kinder wohnen alle nicht in der Umgebung des Kinderhauses. Sie werden morgens mit dem Auto hingefahren und abends wieder abgeholt. Gelegenheit, außerhalb der Kindergruppe, etwa in der Nachbarschaft Beziehungen zu knüpfen, haben sie kaum. Dieses Problem versuchten die meisten Gruppen bisher zu lösen, indem sie ein Jahr vor der Einschulung der Kinder das Kinderhaus verließen und geschlossen in einen öffentlichen Kindergarten oder eine Vorschule gingen. Damit sollten die Kinder auch auf die Konfrontation mit der Realität der Schule vorbereitet werden. Das Kinderhaus ist teuer. Die Beiträge liegen zwischen 100,– und 300,– DM (durchschnittlich 200,– DM). Daneben bekommen wir von der Stadt und vom Land Zuschüsse, da wir vorläufig nach dem Kige-Gesetz als förderungswürdiger Kindergarten anerkannt sind. (Voraussetzungen dazu sind: ein ausgebildeter Erzieher, ca. 25 Kinder, Erfüllung der räumlichen und sanitären Bestimmungen). Ohne diese Zuschüße könnten wir nicht existieren. Im letzten Jahr standen wir kurz vor dem Bankrott. Ohne es zu wissen, hatten wir ein halbes Jahr lang zuviel Zuschuß bekommen, und nun wurde, nachdem wir das Geld längst ausgegeben hatten, der neue Zuschuß einbehalten. Durch einen gerichtlichen Vergleich erreichten wir, daß wir das Geld in Raten abzahlen „dürfen". Die monatlichen Raten belasten unsere Kapazität aufs äußerste. Jetzt müssen wir umziehen. Der Mietvertrag für unser Haus in der Oberföhringer Str. 125 läuft im März aus. Ein neues Haus haben wir noch nicht gefunden, nur eine ziemlich ungewisse Möglichkeit. Woher wir das Geld für die Renovierungen nehmen sollen, ebenso ob wir die neuen Räume als kindergartengerecht anerkannt bekommen, ist ungewiß. Unsere vorläufige Anerkennung an die die Zuschüsse gebunden sind, läuft ohne hin in diesem Jahr aus. Und man hört das Gerücht, das freie Elterninitiativen grundsätzlich nicht mehr anerkannt werden sollen.

Die Mitarbeit in einem Kollektiv wie dem Kinderhaus ist teuer, anstrengend, zeitraubend und mit einer unsicheren Zukunft belastet. Trotzdem halten wir, wie viele andere Eltern, daran fest, die Erziehung unserer Kinder nicht irgendwelchen Institutionen zu überlassen, sondern selbst zu organisieren. Irgendwie glauben wir auch, daß wir es weiterhin schaffen werden.

INTERNATIONALES TRIBUNAL ZU GEWALT GEGEN FRAUEN

BERLIN (ID) 26. Januar — Vom 4. – 8. März findet in Brüssel ein internationales Tribunal über Gewalt gegen Frauen statt. Delegierte aus Australien, Ägypten, Belgien, Dänemark, England, Frankreich, Indien, Italien, Irland, Norwegen, Puerto Rico, Spanien, Schweiz, BRD und Westberlin, USA.

Simone de Beauvoir wird das Tribunal eröffnen; es geht um: Vergewaltigung, Frauenmord, Frauen und Armut, Die Arbeitsteilung in der traditionellen Familie, Abtreibungsverbote, Zwangssterilisation, Empfängnisverhütung auf Kosten der Gesundheit der Frau, Frauenarbeit und Gesundheit, Gastarbeiterinnen, Mißhandlungen von Frauen durch ihre Ehemänner, Scheidungsgesetze, Rechtliche Situation der Frauen in Spanien, Verbrechen an Frauen der Eingeborenenbevölkerung, in Australien, Prostitution, Die Verwendung der Frauen in der Pornografie, Zwangseinweisung von Ehefrauen in psychiatrische Kliniken durch ihre Männer.

Das Tribunal in Brüssel wird nicht aus theoretischen Abhandlungen bestehen, sondern vor allem aus Berichten der von den Verbrechen betroffenen Frauen selbst. Frauen werden dazu auch Filme, Videobänder und Ausstellungen zeigen.

Wir laden sie herzlich ein, zum Tribunal nach Brüssel zu kommen; zur Eröffnung und zum Schluß des Tribunals wird eine Pressekonferenz stattfinden (4. und 8. März). Täglich wird das Pressebüro des Tribunals Bulletins über die Arbeit herausgeben. An den Sitzungen des Tribunals können allerdings nur Journalistinnen teilnehmen.

Die Möglichkeit zu filmen und zu fotografieren besteht bei der Eröffnung und zum Schluß des Tribunals. Eine entsprechende Anlage im Kongreßzentrum ermöglicht, daß alle Beiträge simultan übersetzt werden können.

Bitte richten sie ihre Anmeldung an folgendes Büro: international tribunal on crimes against women (ITCAW) 165, blvd. general Jaques, 1050 bruxelles, belgien, Tel. 02/6474695

Als Vorbereitung findet in Berlin am 19.2.76 ein erstes nationales Tribunal zu Gewalt gegen Frauen statt. Es ist veranstaltet vom Frauenzentrum Berlin und wird Berichte bringen zu Themen wie: Gewalt gegen Frauen in Gynäkologie, Psychiatrie, Ehe, Beruf und Medien.

Es ist verbunden mit einem Frauenfest, dessen Erlös zur Finanzierung des Tribunals in Brüssel beitragen soll.
Spendenkonto: Internationaal tribunaal, -434-2600431-59 Kreditbank, 1900 overijse, belien.
Pressegruppe des Frauenzentrums Berlin (Mona Glökler, 1 Berlin Bleibtreustr. 48, Tel. 030/ 8822434)

DIE STAATSANWALTSCHAFT ZUR „GESCHICHTE DER O."

1300 Frauen und Männer haben in Berlin Anzeige erstattet gegen die Vorführung des Film „Die Geschichte der O.", weil dieser Film Frauen diskriminiert und zur Gewalt gegen Frauen aufruft (§ 130), Gewalt gegen Frauen glorifiziert und verharmlost (und damit Kasse macht) (§ 131) und sadistische Wünsche bei den Männern fördert (§ 184, Abs. 3).

Es ist das erste Mal, daß eine breite Öffentlichkeit sich gegen einen Frauen diskriminierenden Film zur Wehr setzt. Ein Sado-Porno, wo mit einer rassischen Minderheit das gemacht würde, was hier mit Frauen getrieben wird, ist ja mittlerweile undenkbar, nur mit Frauen kann man das noch machen.

Auch die Staatsanwaltschaft ist dieser Meinung: denn sie hält es nicht einmal für nötig, den 1.300 Anzeigenden ordnungsgemäß zu antworten – nur einigen wenigen war es vergönnt, die Begründung zur Einstellung des Verfahrens zugeschickt zu bekommen. Deshalb hier einige Auszüge aus dem Brief des Staatsanwalts:

„... eine eindeutige Überschreitung allgemeiner Anstandsregeln auf sexuellem Gebiet (ist) nicht feststellbar." (in 15 verschiedenen Szenen werden Frauen ausgepeitscht und sexuell mißbraucht.)

„Die in dem Film gezeigte Gewaltanwendungen werden (...) nicht in unmenschlicher oder grausamer Weise geschildert (...)."

„Eine zu mißbilligende Haltung (...) dejenigen, die die Gewalt anwenden, ergibt sich nicht aus diesen Szenen."

Wenn ein Mann seine Frau schlägt und vergewaltigt, macht er sich zwar strafbar nach dem Strafgesetzbuch – aber zu mißbilligen ist diese Haltung nicht.

Fehlt nur noch das Argument, „Die Frauen wollen es ja selber". Eine Verdrehung, die selbst in Gerichtssälen oft zu hören ist.

Laut einer dpa-Meldung ist seit der Vorführung dieses Films in Frankreich ein bemerkenswerter Anstieg von Vergewaltigungen zu verzeichnen, doch zu dem Vorwurf, der Film fordere zu Gewalt gegen Frauen auf, verweist Staatsanwalt Finder darauf, daß der Film nur „Einzelschicksale" beinhalte!

Doch, was bedeutet das, wenn in einem Film alle „Einzelschicksale" von Frauen gleich aussehen? Daß keine einzige der ca. 25 Frauen dem Schicksal entgeht, in „Frauenerziehungshäusern" durch ständiges Peitschen, Knebeln und Vergewaltigen zu willenlosen Befriedigungsmaschinen erzogen zu werden? Und keine einzige Frau gezeigt wird, die auch nur die Möglichkeit oder den Willen hätte, sich dagegen zu widersetzen.

In der BRD und Westberlin wird alle 15 Minuten eine Frau vergewlatigt. (Stern 13.11.75) und laut einem Bericht des Familienministeriums werden fast die Hälfte aller verheirateten Frauen von ihren Ehemännern geprügelt. Ein Film, der dieses Verhalten propagiert, wi[illegible] geschützt.

Auf der anderen Seite aber zerbricht die Staatsanwaltschaft sich darüber den Kopf, wie die Frauenbewegung, insbesondere das Frauenzentrum, von dem die Anzeigenaktion initiiert worden war, in der Öffentlichkeit als staatsgefährdend hingestellt werden kann.

KRIMINALISIERUNG DES FRAUENZENTRUMS

Donnerstag, 18. Dezember 1975, 19 Uhr 25 im Frauenzentrum Berlin. Frauen diskutieren, beantworten Post, kommen, um sich zu informieren, zur Schwangerschaftsberatung oder auch nur so.

Rumms, Tür auf: 12 Männer vom Staatsschutz stehen im Frauenzentrum. Unter dem Vorwand, eine angebliche Anarchistin zu suchen

- schreiben sie sich die Namen sämtlicher Frauen auf, die sich zufällig im Frauenzentrum befinden, sie sagen: „Wir wollen wissen, wer hier ein und aus geht".
- studieren sie Karteien der Schwangerschaftsberatung. – „Keine Angst! Wir kommen n i c h t wegen § 218".
- schreiben die die Plakate ab, die an den Wänden hängen und malen einen Grundriß (!) vom Frauenzentrum.
- schleppen sie Frauen, die keinen Ausweis dabeihaben, auf das Präsidium und versuchen, allerdings vergeblich, sie zu verhören.

Die darauf folgende Pressemitteilung der Polizei ist die Krönung dieser Vorgehensweise: auf der Suche nach einer Frau, die ihre Papiere Anarchisten zur Verfügung gestellt habe (was noch zu beweisen wäre), mußte das Frauenzentrum durchsucht werden. (!)

Was an all diesen Lügen stimmt, ist, daß einer Frau vor zwei Jahren der Paß gestohlen worden ist, daß sie aber weder die Mieterin des Frauenzentrums ist – womit die Polizei ihr Vorgehen zu rechtfertigen versuchte – noch mit dem Frauenzentrum in irgendeinem Zusammenhang steht!

Bewirkt hat diese Staatsschutz-Aktion, daß etliche Frauen, die teilweise zum ersten Mal im Frauenzentrum waren, jetzt polizeilich und politisch registriert sind und vor allem, daß das Frauenzentrum in der Öffentlichkeit in Zusammenhang mit anarchistischen Gruppen gebracht, als Unterschlupf von Terroristen diffamiert und kriminalisiert wurde und der Begriff „Frauenzentrum" Lesern von „Abend" und „Tagesspiegel" im gleichen Atemzug mit Anarchismus ins Bewußtsein eingeht.

Erinnern wir uns an die Hausdurchsuchungen in Frankfurter Frauenzentrum: auch dort suchte die Polizei Beweise für Abtreibungsberatung – allerdings gab sie es da auch offen zu, aber diese Aktion löste in der Öffentlichkeit jedoch eine starke Empörung aus.

In Berlin hat die Polizei darauf folgendes gelernt: offensichtliche Aktionen gegen die Schwangerschaftsberatung in den Frauenzentren sind in der Bevölkerung ziemlich unpopulär, weil diese Beratungen gerade bei der augenblicklichen Rechtslage dringend gebraucht werden. Wenn die Polizei aber ausgerechnet zu der Zeit, wo eine Beratung im Frauenzentrum stattfindet, so tut, als fahnde sie dort nach Anarchistinnen, so schlägt sie zwei Fliegen mit einer Klappe:

Sie bekommt Namen, Informationen und Einblick in unsere Arbeit und isoliert uns gleichzeitig von der Unterstützung der Bevölkerung, indem sie uns in die Terrorecke stellt.

Nicht zuletzt versucht man uns Frauen mit solchen Auftritten einzuschüchtern, und diesen Gefallen sollten wir Frauen den Staatsschützern nun wirklich nicht tun.

Pressegruppe des Frauenzentrums Berlin

SONDERHEFT ZUR ANTIREPRESSIONSKAMPAGNE DES SB

OFFENBACH (ID) Januar 1976 Von der sozialistischen Zeitung „links" erschien eine Sondernummer in Zusammenhang mit der Diskussion im Sozialistischen Büro über Gegenaktivitäten zur aktuellen und zunehmenden politischen Repression. Diese Sondernummer wurde in einer ersten Auflage von 50.000 Exemplaren gedruckt. Sie ist so konzipiert, daß sie für einen längeren Zeitraum aktuell und danach noch einwichtiges Dokument der Repressionsgeschichte in der BRD sein dürfte. Eine besondere Funktion der Sondernummer liegt darin, politische Orientierung für die anlaufende Kampagne und den für Pfingsten 1976 geplanten Anti-Repressions-Kongreß zu geben. Die Sondernummer sollte in allen Bereichen an Kollegen und Genossen, Interssierte und Betroffene, in den Gewerkschaften, am Arbeitsplatz, in Institutionen und politischen Organisationen und Gruppen verbreitet werden. Da das Sozialistische Büro nicht über genügend Geld verfügt, eine kostenlose Verbreitung der Sondernummer zu ermöglichen, wird dazu aufgerufen, größere Posten der Sondernummer gegen Bezahlung zu übernehmen und weiterzuverkaufen oder zu verteilen. Der Stückpreis beträgt 4,- Mark, ab zehn Stück gibt es 20 % Rabatt, ab 20 Stück 30 %, ab 30 Stück 40 %. Die Lieferung erfolgt ausschließlich gegen Vorauszahlung durch Verlag 2 000 GmbH, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

JÜRGEN BÄCKER 5 JAHRE IN U-HAFT

BERLIN (ID) 22. Januar Die Rote Hilfe Berlin organisiert eine Aktion zur Freilassung von Jürgen Bäcker. Sie verteilte zu diesem Zweck Karten mit dem Inhalt:

Jürgen Bäcker befindet sich seit 3. Februar 1971 in Untersuchungshaft. Das sind 5 volle Jahre Einzelhaft, jeden einzelnen Tag davon über 23 Stunden allein in der Zelle. Der gesetzliche Zweck der U-Haft wird bei solcher Dauer völlig überlagert von der Wirkung derart langer Isolation: Sie bedeutet Zerstörung der Persönlichkeit des Gefangenen. Noch längere Untersuchungshaft für Jürgen H. Bäcker ist deshalb völlig unvertretbar, unverhältnismäßig und unmenschlich. Ich fordere daher von Ihnen die sofortige Entlassung von J.H. Bäcker!

....

Gerichtet an den Vorsitzenden der 2. großen Strafkammer Herrn VorsRilg Kubsch – PERSÖNLICH, Turmstraße 91, Landgericht Berlin, 1 Berlin 21. Es liegt an euch, diese Aktion zu unterstützen bzw. zu übernehmen. Auszug aus dem Grundgesetz bzw. Strafprozeßordnung: Die Untersuchungshaft soll in der Regel nicht länger als ein halbes Jahr andauern. Nur in Ausnahmefällen länger. (StPo § 121). Kontaktadresse: Rote Hilfe im Sozialistischen Zentrum Stephanstraße 60, 1 Berlin 21.

Spendenkonto für Bäcker: Postscheckkonto Berlin West 3376 37 – 105
R. Fink Sonderkonto

INFORMATIONEN AUS „UNSEREN" BESATZER-ARMEEN

FRANKFURT (ID) 22. Januar — US-Armee: Homosexuelle Soldaten und Offiziere bereiten den Schritt in die Öffentlichkeit vor. Bislang ist die Praxis der US-Armee so, daß alle Homosexuellen sofort unehrenhaft entlassen werden. Der Schritt dieser Gruppe an die Öffentlichkeit stellt einen ersten solidarischen Schritt gegen die sexuelle Unterdrückung in der US-Armee dar, nachdem bis heute nur individuelle Schritte im Zusammenhang mit einzelnen Protesten stattfand. Homosexuelle Gruppen in der BRD, weibliche und männliche (die US-Armee hat weibliche und männliche Soldaten), die Interesse an diesem besonderen Problem haben, und die US-Soldaten unterstützen können, sollen sich beim ID melden.

Französische Armee: Die Soldatenkomitees haben höchste Sicherheitsstufe beschlossen: Insbesondere nachdem in Speyer in den letzten Wochen mindestens 30 Verhöre und drei Verhaftungen stattfanden.

Von den etwa 50 Verhafteten, die in Paris auf die Anklage vor dem Staatsschutzgericht warten, sind alle bis auf einen freigelassen. Für etwa 25 Soldaten hieß das allerdings, um zu 60 Tagen Disziplinarstrafe in ein Militärgefängnis zu wandern. Dort sind die Verhältnisse noch schlechter als die in Paris, da es in Militärgefängnissen keine Anwaltsbesuche und ähnliches gibt. Zusätzlich bleiben die Anklagen bestehen. Die Verhandlungen lassen auf sich warten.

CISNU KÄMPFT UM ÖFFENTLICHKEIT ÜBER STÄNDIGE HINRICHTUNGEN IM IRAN

FRANKFURT (ID) 29. Januar — Die persische Botschaft in Bonn wurde am Mittwoch, dem 28. Januar für zwei Stunden von antifaschistischen iranischen Studenten besetzt gehalten. Die Besetzung erfolgte als öffentlicher Protest gegen inzwischen 19 vollstreckte Todesurteile gegen iranische Antifaschisten durch das Schah-Regime in Persien, darunter drei Frauen, was in regimetreuen Tageszeitungen erstmals zugegeben worden ist.

Am selben Tag besetzten iranische Studenten in Paris das dortige Presse- und Informationszentrum des Regimes über mehrere Stunden. Sie wurden inhaftiert und erwarten am Dienstag, dem 3. Februar, die gerichtliche Verhandlung.

Am selben Tag haben in New York 19 Uno-Vertreter eine Resolution gegen das faschistische Regime unterschrieben. Die in elf Ländern aktive Konföderation Iranischer Studenten (CISNU) hat zur Vollstreckung der Todesurteile durch das Regime Presseberichte und Erklärungen abgegeben, um die Öffentlichkeit zu mobilisieren. Private und öffentliche Medien haben diese Erklärungen zum Teil nur in Nebensätzen abgehandelt. In der Bundesrepublik haben Bischof Scharf und Frau Heinemann den Protest unterstützt. In England gab es eine Anfrage, was die Regierung gegen die Liquidierung von Antifaschisten zu unternehmen gedenke, vom Unterhausabgeordneten Stan Newens (Labour) ins britische Parlament eingebracht.

In einem Offenen Brief an den Bundespräsidenten Walter Scheel schrieb der Vorstand der CISNU (Frankfurt) bereits am 19. Januar:

„Da Sie den bundesrepublikanischen Staat repräsentieren und die moralische Verantwortung für das, was hier geschieht, zu tragen haben, schreiben wir diesen Brief an Sie. Die innenpolitische Entwicklung in Ihrem Land während der letzten Jahre zeigt, daß viele Kräfte in der Bundesrepublik fest entschlossen sind, den westdeutschen Staat zu dem zu machen, was schon seit langem absehbar ist: zu einem autoritären Staat, in dem bornierte Staatsanwälte, knüppelnde Polizisten und Geheimdienstler mehr zu sagen haben, als der so hochgelobte Text der bundesrepublikanischen Verfassung. Die Entschlossenheit dieser Kräfte spiegelt sich wider in Ministererlassen und Polizeiaktionen, die ungewollt an eine Vergangenheit erinnern, die man glaubte bewältigt zu haben. Die Bismarckschen Sozialistengesetze treten heute wieder in Erscheinung im Radikalenerlaß, der Begriff „Berufsverbot" bereichert als deutsches Wort — wie z.B. „Kindergarten" oder „Sauerkraut" — die anderen europäischen Sprachen.

All dies haben wir mit Aufmerksamkeit verfolgt: trotzdem hatten wir die Illusion, es sei eine vorübergehende Hysterie, die durch den sogenannten Terrorismus hervorgerufen wurde. Wir wollten einfach nicht glauben, daß zwischen einem Rechtsstaat und einem Polizeistaat nur ein sehr kurzer Weg liegen kann, bis die eigene Erfahrung uns eines Besseren belehrte:

Am Dienstag, dem 13. Januar 1976, hat wieder einmal Bundesstaatsanwalt Buback losgeschlagen. Schwer bewaffnete Polizisten überfielen in der Morgendämmerung Studentenhäuser und Wohnungen, in denen persische Antifaschisten und CISNU-Mitglieder wohnten. Sie durchwühlten die Räume, beschlagnahmten Bücher und Briefe, verhafteten einige Personen und verhörten sie stundenlang im Bundeskriminalamt in Wiesbaden und bei der Bundesstaatsanwaltschaft in Karlsruhe, ohne daß die Verhafteten den Grund hierfür erfahren hätten. An den folgenden Tagen gingen die Hausdurchsuchungen und Verhaftungen weiter. Schlecht getarnte Polizeibeamte verfolgten unsere Mitglieder auf Schritt und Tritt; bei Telefongesprächen merkte man die Allgegenwart der Sicherheitsspezialisten; die westdeutschen Gespensterjäger wurden selbst zu Gespenstern: sie waren überall und nirgends, kein Schloß, kein Riegel, kein „Schutz der Privatsphäre" konnte ihnen Einhalt gebieten. Wen oder was suchten sie? Etwa den Freundeskreis von Herrn Carlos, den harten Kern, einer neu entstandenen „Terroristengruppe" — oder war es einfach Routine? All dies trifft mit Sicherheit nicht zu.

Wir wissen, daß die Verfassungsschützer und sonstigen Geheimdienstler seit Jahren unsere Arbeit beobachten; sie würden sich nicht umsonst zu solchen Eskapaden hinreißen lassen. Sieht man jedoch diese Sicherheitsaktionen in Zusammenhang mit unseren derzeitigen Aktivitäten gegen die Todesurteile im Iran, so versteht man, welches Ziel sie verfolgen: uns zu kriminalisieren; damit unsere Arbeit zu verhindern. Als das persische Regime in der Silvesternacht bekannt gab, daß zehn Oppositionelle zum Tode verurteilt wurden, versuchten wir mit all uns zur Verfügung stehenden Mitteln, die Weltöffentlichkeit darüber zu informieren. Es gelang uns auch, die Mauer des Schweigens, die vor einiger Zeit errichtet wurde, um den faschistischen Terror im Iran totzuschweigen, zu durchbrechen. Wir nahmen, Herr Präsident, die bundesdeutsche Verfassung ernst — anders als Ihre Verfassungsschützer — und wir versuchten, die uns garantierten Rechte im Kampf gegen die barbarische Herrschaft des Schahregimes auszuüben. Und hier plötzlich begannen die westdeutschen Sicherheitsbeamten mit Festnahmen, Verhören und diskriminierenden Vorwürfen.

Herr Präsident, wir verstehen die Interessen Ihres Landes für unser Öl und unseren Markt. Darf dieses Interesse aber soweit gehen, daß die Sicherheitsorgane Handlanger eines Regimes sein dürfen, das heute als Verkörperung von Barbarei und Dummheit gilt? Mit Sicherheit liegt dies nicht im Interesse des deutschen Volkes! Wir verwechseln nicht die Interessen der westdeutschen Kartelle und Großunternehmer an einem Regime, das, wie die jüngste Geschichte zeigt, nicht von langer Dauer sein kann, mit dem Interesse des deutschen Volkes.

Herr Bundespräsident, zwischen dem Anspruch Ihres Staates, ein demokratischer Staat zu sein, und der beängstigenden Realität dieses Staates liegt ein Abgrund. Wir als Antifaschisten fühlen uns am Rande dieses Abgrunds nicht mehr sicher! Und Sie, Herr Präsident...?"

Am 26. Januar folgte eine weitere Presseerklärung der CISNU — bis dahin war die Hinrichtung von 9 Antifaschisten bekanntgeworden. Ein Auszug:

Die CISNU hat u.a. in einem „offenen Brief an die deutsche Öffentlichkeit" gewandt und alle Demokraten und Antifaschisten aufgefordert, alles in ihrer Möglichkeit stehende zu tun, um das Leben dieser Menschen zu retten. Wir haben schon damals die Vermutung geäußert, daß das faschistische Regime im Iran diese Oppositionellen, entweder schon hingerichtet hat oder unter barbarischen Forlterungen zum Tode gequält hat. Das faschistische Regime des Schah hat sich sozusagen diesmal etwas neues bei der Liquidierung seiner Gegner einfallen lassen. Durch eine allseitig angelegte Kampagne in der Presse und seinen Massenmedien wurde bekanntgegeben, daß alle Mitglieder dieser Gruppe eine Reue-Erklärung über ihre ‚Taten' bekanntgaben. Durch diese Falschmeldungen in den Massenmedien versuchte das Regime, diese Antifaschisten bei der Bevölkerung unglaubwürdig zu machen. Dies geschah in einer Zeit, in der sie in den

Kerkern des Faschismus sitzen und schwersten Folterungen ausgesetzt sind. Es ist jedem bekannt, daß es den Gefangenen im Iran unmöglich ist, sich zu Wort zu melden und die Behauptungen des Regimes zu widerlegen.

Wir unterstreichen noch einmal die Vermutung, daß diese Gefangenen bereits durch barbarischen Folterungen ermordet sind. Denn das faschistische Regime hat weder über die Art der „Gerichts-Verhandlung" noch über die Zeit und den Ort der „Verhandlungen" berichtet.

Wir weisen daraufhin, daß sogar in dieser Zeit 2 französische Rechtsanwälte, für die Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen im Iran weilten, nichts über diese Gefangenen erfahren konnten. Das faschistische Regime hat weder die Zeit ihrer Verhaftung noch den Ort und die Zeit ihrer Hinrichtung bekannt gegeben. Alles geschah hinter verschlossenen Türen.

Niemand wird die Unglaubwürdigkeit dieser Meldung des Regimes und seine bekannten Praktiken anzweifeln. Es sind noch keine sechs Monate vergangen, daß das Regime offiziell 18 Antifaschisten hingerichtet hat. Im April vergangenen Jahres waren es die 9 Mitglieder der Djazani-Gruppe und der Volksmodjahedin, die „auf der Flucht" erschossen wurden. In dieser Zeit wurden eine Unzahl von Oppositionellen und Freiheitskämpfern auf den Straßen, durch die T[illegible]kommandos des faschistischen Regimes ermordet.

Wir rufen nochmal in Erinnerung, daß die demokratische und antifaschistische Öffentlichkeit vor einigen Monaten bei der Hinrichtung von 5 Antifaschisten in Spanien zu Recht sich zu Wort meldete und seinen starken Protest gegen diese Unmenschlichkeit zum Ausdruck brachte.

Wir appelieren an Sie, alle die Greueltaten des faschistischen Schah-Regimes nicht ungeachtet zu lassen und wir fordern Sie auf, mit allen Mitteln gegen diese barbarischen Methoden zu protestieren und die Weltöffentlichkeit über den Charakter des iranischen Regimes zu informieren.

Brecht mit uns die Schweigemauer und die Nachrichtensperre über den Befreiungskampf im Iran.

SPENDENAUFRUF FÜR DIE STREIKENDEN ARBEITER IN SPANIEN

OFFENBACH (ID) 28. Janaur In Spanien befinden sich immer noch über 150.000 Arbeiter im Streik. Sie können aber nur durchhalten, wenn sie politisch und materiell unterstützt werden. Wir wollen euch ein Projekt vorstellen, von dem [illegible] sicher sind, daß das Geld auch an die Arbeiter direkt geht und nicht an irgendwelche Gruppen oder Parteien:

„SOLIDARITÄTSFOND VON FASA-RENAULT IN VALLADOLID"

Dieser Fond wurde von den Arbeitern von Fasa-Renault aufgebaut, um Arbeitskämpfe auch über einen längeren Zeitraum durchhalten zu können und die Arbeiter vor dem schlimmsten Sanktionen zu bewahren. Der Fond ist inzwischen zu einer festen Einrichtung geworden (er besteht seit zwei Jahren). Die Arbeiter zahlen regelmäßig mit ihrem Lohn etwa 100 pts. = 5,- Mark in den Fond. Auf diese Weise sammelt der Fond monatlich 200.000 bis 300.000 pts. das sind 15.000 Mark. Innerhalb der zwei Jahre wurden so etwa 5 Mill. pts. = 300.000 Mark gesammelt und verwaltet.

Das Geld wird von den Arbeitern bzw. demokratisch gewählten Vertretern der Arbeiter verwaltet. Jede Abteilung bei Fasa wählt zwei Delegierte in das Komitee, das den Fond verwaltet. Aus diesem Komitee (zehn Mitglieder) werden nochmals drei gewählt, die als einzige wissen, wo das Geld ist und die Zahlungen kontrollieren. Mit dem Geld wird entlassenen und verhafteten Arbeitern von Fasa geholfen. Über die geleisteten Zahlungen wird in einem Informationsblatt in der Fabrik und in den Stadtteilen berichtet. Wenn es möglich ist, wird mit diesem Geld auch Arbeitern aus anderen Fabriken geholfen. Zur Zeit ist das sehr schwierig, da seit dem letzten Kämpfen ca. 120 Fasa-Arbeiter arbeitslos sind und monatlich aus diesem Fond ihre Geld beziehen.

Der Fond funktioniert bis heute reibungslos und ist von der Polizei unentdeckt. Welches Interesse die Polizei an der Zerschlagung des Fonds hat, wird daran klar, daß sie über hundert verhaftete Arbeiter von Fasa hauptsächlich nach den Organisatoren und Kontakten dieses Fonds gefragt hat.

Spenden können an folgendes Konto überwiesen werden:

Städtische Sparkasse Offenbach 43 789 46 (E.Zinke). Bitte als Spende angeben.

(aus: Spanien Informaciones Nr. 3.)

INTERNATIONALES

SPANIEN : DIE MASSEN, DIE AVANTGARDEN UND DIE NACHZÜGLER

BERLIN (ID) 28. Janaur Die in Madrid begonnene Streikwelle anläßlich der Tarifverhandlungen, setzt sich in der industriellen Peripherie des Landes fort; während sie in Madrid abebbt, weil die Arbeiter ihre Forderungen durchgesetzt haben (Bauindustrie, Bankwesen) oder weil die Militarisierung (Staatsbahn, Post) und die finanzielle Schwäche eine Pause erzwingen. Wie es bereits in Madrid der Fall war, steht im Vordergrund dieser Fortführung der Arbeitsausstände eine Reihe ökonomischer und politischer Ansprüche der Arbeiterschaft. Steht eine Lohnverhandlung bevor, wenn es auch auf Betriebs- oder Branchenebene sei, so versammeln sich die Belegschaften in den Werkshallen, formulieren einen konkreten Katalog von Forderungen (wie in der Madrider U-Bahn) oder überarbeiten ein vorgelegtes Papier (ITT-Standart, Bauindustrie, Bankwesen) und bestimmen unter den Kollegen eine Verhandlungskommission, falls der Betriebsrat nicht bereits aus „eingeschleusten" während der letzten Syndikatswahlen gewählten, CCOO-Kollegen besteht. Politische Forderungen gehören zu jeder Verhandlungsbasis, ebenso wie die Verweigerung, Lohnabschlüsse, die nicht eine reale Besserung beinhalten, anzunehmen. Auch wenn die Arbeiter darüber völlig im klaren sind, daß die Kapitalseite weder imstande ist, politische Ansprüche einzulösen, noch Bereitschaft zeigt, außertarifliche Tatbestände zu besprechen, stellen sie ausnahmslos in ihren Plattformen die Forderung nach freiem Versammlungs- und Assoziierungsrecht, nach Amnestie, nach Wiedereinstellung der in den letzten Jahren aus politischen Gründen gefeuerten Kollegen auf. Manche Verhandlung platzt (Seat in Barcelona) noch bevor man zur Sache kommt, weil die Unternehmervertretung sich gegenüber Wiedereinstellungen taubstellt.

Es ist möglich, ein Modell der gegenwärtigen Kampfformen herzustellen. Haben die Arbeiter mittels Versammlungen das notwendige Einheitsbewußtsein ausgebildet und eine leitende Kommission bestimmt, so setzen sie erste Kampfmaßnahmen durch, indem sie ein- bis vierstündige Warnstreiks vollziehen, dies noch, bevor die ersten Verhandlungsrungen aufgenommen wurden. Insofern die Belegschaften infolge der Arbeitsausstände nicht gleich durch die Polizei rausgedrängt oder von der Betriebsleitung ausgesperrt werden, üben sie damit einen zunehmenden Druck aus, bis der vollständige Streik ausbricht, was in der Regel mit einer gescheiterten Kontakt- und Verhandlungsaufnahme zusammenfällt. Versammlungen finden in den Betrieben während jeder Arbeitsverweigerung statt. Ist endlich bei ergebnisloser, verschärfter Auseinandersetzung das Lock-out ausgesprochen, so stehen bereits Räume anderswo, meistens in Kirchen bereit, in denen sich die ausgesperrten Arbeiter weiter versammeln können, wobei bei nahezu vollständiger Anteilnahme der Belegschaften der Verhandlungsverlauf besprochen wird und neue, erst jetzt außerbetriebliche Kampfformen beschlossen werden. In Madrid, wo Arbeits- und Wohnorte verbundene, auf dem Stadtgürtel liegende Vororte bilden, fanden die Protest- und Solidaritätskundgebungen und Streiks unmittelbare und allgemeine Resonanz. So wurden in Villaverde und Getafe, wo ITT-Standart und Chrysler große Fabriken haben, Demonstrationen mit 50.000 Menschen, an denen Frauen, Rentner und Geschäftsleute teilnahmen, durchgeführt.

Abgesehen von der üblichen, direkten Staatshilfe, der Repression, Austreiben der versammelten Belegschaften aus den bestreikten Betrieben, Verhaftungen der Streikkommissionen und Koordinationskommissionen (Madrid am 10. und 15. Januar), Auflösung der Protest- und Solidaritätskundgebungen usw. ... — kündigen wiederholt Regierungsstellen die angeblich anstehende Demokratisierung an und verdammen die Lohnerhöhungen, weil sie krisenfördernd sei-

en. Das Regierungsrezept für die Überwindung der wirtschaftlichen Krise beinhaltet keine Originalität (siehe FAZ vom 5. Januar): beim Lohneinfrieren, wodurch man die private Nachfrage eindämmt, soll man die Lust am Investieren erwecken, was die Nachfrage nach Investitionsgütern wieder beleben würde: die daraus folgende Überproduktion schafft man ins Ausland weg. So lautete zusammenfassend und mit einer dankbaren Offenheit die Rede des Herrn Villar, Finanzminister, vor dem Standesparlament anläßlich einer dort am 29. Dezember abgehaltenen Aussprache zur ökonomischen Politik der gegenwärtigen Regierung. Allerdings sind die ausgerechneten Auswirkungen dieser Kapitallogik: Angst vor der Arbeitslosigkeit schüren und Hoffnungen auf eine freie Zukunft, ausgeblieben. Im Gegenteil: polemisierende Erklärungen sind in Betriebsversammlungen verfaßt und den Verhandlungsdokumenten hinzugefügt worden. Die andauernden Streikbewegungen machen bereits diese Regierungsansichten anpassungsbedürftig. Eine Streikbewegung solchen Ausmaßes kann nicht von einer einzigen Organisation gelenkt werden, das liegt auf der Hand. Ganz im Gegenteil zeigt sich an den gegenwärtigen Kämpfen der hohe Grad der autonomen Organisierung der spanischen Arbeiterbewegung. Bisher kampfschwache Sektoren (Straßenbahn, Post) sind geschlossen in den Ausstand getreten. Alle Maßnahmen werden in betrieblichen oder Volksversammlungen beschlossen. Die zentrale Rolle spielen hier die CCOO, die von den Arbeitern in betrieblichen Versammlungen gewählten Vertreter. Es gibt eine Reihe von Koordinierungsorganen der Bewegung, die von Belegschaftsmitgliedern gestellt werden, was vorher nicht immer der Fall war. Diese betrieblichen Arbeitervertreter haben einen grossen Einfluß auf die Bewegung, insoweit sie basisspezifische Interessen artikulieren, nicht etwa weil sie Parteivertreter sind.

Was die Organisationen anbetrifft, so können wir nach den uns vorliegenden Informationen vermuten, hat die ORT von den lokalen und Branchenkoordinationsorganen aus die Bewegung am stärksten vorangetrieben. Sie versuchte überall, den revolutionären Generalstreik als poltische Entwicklung der betrieblichen Forderungen und Kämpfe zu lancieren. Offenbar fand sie in MCE Unterstützung, wenn auch in Villaverde nur sehr zurückhaltend. Insgesamt kann man dennoch die drei revolutionären Organisationen (ORT, MCE und PTE) als vorantreibend ansehen. Sie griffen die konkreten Forderungen in den Betrieben sofort auf und versuchten die Bewegung auszudehnen. Die PCE dagegen scheint sich bestenfalls angehängt zu haben. Bis zum 10. Januar haben weder die Junta Democratica noch die Plataforma sich an irgendwas beteiligt; ihr erster Schritt, ein Aufruf, ist sehr allgemein. Als Perspektive (siehe Le Monde vom 16. Januar) wird der demokratische Bruch angegeben, aber keinerlei Maßnahmen, um ihn zu bewerkstelligen. Auf dem Hintergrund der politischen Spaltung der Madrider Arbeiterbewegung, in der die revolutionären Organisationen vielleicht schon nicht mehr viel schwächer als die PCE sind und durch die Streikwelle gestärkt werden, versucht die PCE, ihre Strategie durchzusetzen, d.h. sich als Vertreterin der Arbeiterklasse den politisch Herrschenden vorzuführen. Zugleich will sie aber die Bündnispartner nicht durch allzu radikales Auftreten verschrecken. Diese Funktionalisierung, d.h. betriebliche Konflikte in symbolisches Vorführen der Stärke (Madrid am 20. Januar) umzumünzen, ist ein konstanter Bestandteil des Verhältnis PCE-CCOO. Ein großer Teil der CCOO und der revolutionären Organisationen sehen in der Durchsetzung der ökonomischen Forderungen der Arbeiter und deren direkten Kampfformen eine tiefgreifende Waffe als im Ruf nach demokratischen Rechten der Junta und der Plataforma: die ökonomische Streikbewegung drängt das Regime viel mehr in die Defensive als die rein verbalen und demonstrativen Forderungen nach Demokratie.

CCOO = Comisiones Obreras, Arbeiterkommissionen
ORT = Organización Revolucionária de los Trabajadores, Revolutionäre Arbeiterorganisation
MCE = Movimento Comunista de España, Kommunistische Bewegung Spaniens
PTE = Partido del Trabajo, Partei der Arbeit
PCE = KP Spaniens
Junta = von der PCE lancierte Plattform
Plataforma = Zusammenschluß von Christdemokraten und Sozialisten
Syndikat = hier die faschistische Gewerkschaft

Portugal-Spanien-Gruppe Westberlin

FUßBALLFANS DEMONSTRIEREN FÜR DIE FREIHEIT

BARCELONA (ID) 21. Januar

Am Sonntag den 29.12.75 gingen wir in Barcelona zum Fußballspiel C.F. Barcelona — Real Madrid. Das Stadion war ausverkauft, und wir konnten nur dadurch reinkommen, daß wir Dauerkartenbesitzern 200 Peseten gaben, die uns mit reinnahmen. Im Gegensatz zum letzten Mal, als ich dort im Stadion war, fiel mir auf, daß nicht nur blaurote Vereinsfahnen zu sehen waren, sondern etwa genauso viele Fans die katalanische Fahne (abwechselnd etwa 6 rote und gelbe Streifen) dabei hatten. Das Spiel ging ganz munter mit heftigen Angriffen von Barcelona los, und in der 3. Minute fiel das erste Tor für den F.C. Riesiger Jubel im Stadion, die ersten Sitzkissen flogen auf den Platz. Zur Halbzeit stand es immer noch 1:0 für den F.C. In der uns gegenüberliegenden Kurve segelten in der Halbzeit kleine Zettel von den obersten Rängen, nach Spielschluß auf den Ramblas fielen uns diese Zettel in die Hände. Es war ein Flugblatt der PSAN (partit socialista d'alliberament nacional dela paisos catalans) mit den Forderungen: Amnistia. Libertats Democratiques. Estatut D'Autonomia. Und auf der Rückseite die katalanische Nationalhymne auf katalanisch. Am nächsten Tag sahen wir dann in einer Zeitung auf einem Foto, daß auf den obersten Rang des Stadions ein Transparent mit diesen Forderungen aufgehängt worden war, und auch eine Halbzeit lang nicht entfert worden war. Das war die einzige Information über diese Aktionen, die die Medien machten. Etwa in der 60. Minute schoß Real dann den Ausgleich und wurde fortan überlegener. Die Fans auf den Rängen wurden ruhiger, resignierten. Als dann in der allerletzten Minute doch noch der Siegestreffer für Barcelona durch einen Sonntagsschuß fiel, brach ein irrer Krach und Jubel aus. Es regnete Sitzkissen aufs Spielfeld und erst nach ein paar Minuten konnte weitergespielt werden. Das ist deshalb wichtig, weil ohne dieses Tor die Demo in der Innenstadt nie so groß geworden wäre.

Der spanische Genosse erzählte uns, daß vor 2 Jahren nach einem 5:0 Sieg von Barcelona über Real auf den Ramblas eine Siegesdemo stattfand und meinte, das könne diesmal wieder passieren. Wir fuhren also zu den Ramblas. Als wir dort ankamen, waren schon 2000 Leute mit Fußball- und katalanischen Fahnen da, und riefen „Barça, Barça" (der Schlachtruf der Fußballfans). Immer mehr Leute kamen aus der Metro, es wurde immer lauter. Inzwischen waren vielleicht 10.000 Leute auf den Ramblas. Immer noch Rufe: „Barça, Barça". Dann die ersten schüchternen Rufe: Amnistia, Libertat. Aber noch überwogen die Fußballparolen. Nachdem wir 200-300 Meter gelaufen waren, wurden die politischen Parolen stärker. Deutlich war zu spüren, wie die einzelnen Leute ihre Furcht verloren zu demonstrieren, wie das Stückchen Freiheit, was sie sich da auf der Straße gerade nahmen, ihnen Spaß machte. In der Calle Jaime gab's dann noch andere Parolen: „Visca,Barça,Visca Cataluna". Visca assamblea cataluna" (eine demokratische Versammlung, die von Reformisten und Revisionisten beherrscht wird). „Viola dimission" (Rücktritt des faschistischen Bürgermeisters). Auf dem Rückweg zu den Ramblas gab dann noch eine neue Parole: „Wir wollen keinen Fußball, wir wollen allgemeine freie politische Wahlen", „Nieder mit dem König", die letztere konnte sich aber nicht durchsetzen.

BRITISCHE SÖLDNER NACH ANGOLA

LONDON (ID) 26. Januar

Leslie Aspin, (Schmuggler, Waffenschieber) eine Art britischer Kongo-Müller, der stolz von sich behauptet, sowohl die IRA als auch die PLO und eine Reihe Ungenannter trachteten nach seinem Leben, hat am 26. Januar bekanntgegeben, daß er mit einer kampffertigen Söldnertruppe von ca. 400 Mann nach Angola ausrücken werde, um FNLA-Soldaten zu unterstützen und auszubilden.

Die von ihm angeworbenen Söldner — meist ausgeschiedene englische Soldaten mit Irlanderfahrung — erhalten für ihren Killerjob knapp 1.000 Mark wöchentlich bei einem Halbjahresvertrag und am Ende einen Bonus. Aspin gibt an, er sei über seine „ganz normalen Kanäle von Vertretern Zaires angegangen worden,und ich dachte, es ginge dabei nur um etwa 12 Mann. Wir haben aber bald herausgefunden, daß es eine größere Operation ist. Inzwischen sind schon über 25 Mann über Brüssel und Zaire nach Angola geflogen."

Über seine Motive befragt, sagte er, ein gut Teil Abenteuerlust sei dabei, außerdem spiele die Enttäuschung vieler Soldaten eine Rolle, „die für einen Job ausgebildet wurden, den sie nie richtig ausüben konnten". Das soll für Aspin und seine Leute im Kampf gegen die MPLA jetzt anders werden.

Bei der Sache bin ich auch politisch motiviert", sagt Leslie Aspin, „unsere Leute bekämpfen die Kommunisten".

DIE ERSTE ANGOLA-INTERVENTION KAM VOM CIA

KINSHASA/FRANKFURT (ID) Aus internen Dokumenten der amerikanischen Botschaft in Zaire ergibt sich deutlich, daß CIA-Spezialisten schon seit November 1974 verstärkt in der Angola-Region operieren.

Zaires Hauptstadt Kinshasa ist das Hauptversorgungszentrum für die prowestlichen Gruppen FNLA und UNITA.

Mindestens 18 speziell für „covert operation" ausgebildete CIA-Leute, als Diplomaten getarnt, sind seit dieser Zeit von dort aus aktiv. Daß dieser plötzliche Agentenschub etwas mit den inneren Angelegenheiten von Zaire zu tun hat, ist sehr unwahrscheinlich. Man kann davon ausgehen, daß sie den Kampf gegen die Befreiungsbewegung MPLA organisieren helfen sollen. Das würde bedeuten, daß schon mindestens vier Monate vor dem offiziellen behaupteten Eingreifen der Sowjetunion der CIA in Angola mitgemischt hat, wo Kissinger und Ford doch immer behaupten, die amerikanische Unterstützung sei eine Antwort auf sowjetische Intervention. Das CIA-Team wird von Stuart E. Methven angeführt, der sich schon bei CIA-Aktionen in Laos und Indochina hervorgetan hat. Über die 18 identifizierten Agenten hinaus scheint das CIA-Kontingent durch getarnte Konsulatsangestellte aus Bukava und Angestellte des Rüstungsgiganten Lockheed verstärkt zu sein. Die CIA-Namen wurden von dem ehemaligen CIA-Agenten Philip Agee (siehe Interview) dem Londoner MPLA-Vertretung übergeben.

Bis zur Revolution 1974 in Portugal hatten die USA massiv die portugiesischen Kolonialherren unterstützt, dabei aber geschickt kurzfristige und langfristige Interessen bedenkend, seit 1961 etwa 10.000 heimliche Dollar jährlich an die FNLA gezahlt, laut offiziellen Angaben zur „Nachrichtenbeschaffung". Das CIA-Untersuchungskomitee des Repräsentantenhauses hat für diese Woche die Veröffentlichung weiterer Berichte über CIA-Aktionen in Italien, Angola und anderswo angekündigt.

ANGOLA – EIN AFRIKANISCHES VIETNAM?

FRANKFURT (PAP/ID) 20. Januar Nach fünfzig Jahren strengster ökonomischer Einseitigkeit öffnete Portugal Anfang der sechziger Jahre seine „Überseeprovinzen" Angola, Mozambique und Guinea fremden Investoren, d.h. dem Neokolonialismus westeuropäischer und nordamerikanischer Prägung. Das internationale Kapital und die eigene ökonomische Schwäche zwangen es zu diesem verspäteten postkolonialen Schritt. Rohstoffreichtum – Öl aus Cabinda, Diamanten, Eisenerz, Agrarprodukte – und die billige afrikanische Arbeitskraft versprachen lukrative Geschäfte. Der „ultrakoloniale" Status Angolas barg vielversprechende Vorteile: das „lusitanische Imperium" würde die Kosten der administrativen Infrastruktur, des Erziehungsbereichs, der militärischen Unterjochung der rebellierenden afrikanischen Bevölkerung tragen.

Intensivere soziale Ausbeutung hatte seit 1960 auch verstärkten antikolonialen Widerstand zur Folge.

1956 wurde die MPLA (Movimento Popular de Liberacão de Angola), ein Sammelbecken verschiedener nationalistischer oppositioneller Bewegungen, von A. Cabral und A. Neto in Luanda gegründet.

Am 4.2.1961 stürmten MPLA-Angehörige Gefängnis und Rundfunkstation von Luanda; die Aktion endete in einer Niederlage. Als Racheakt der portugiesischen Armee und rechtsradikaler weißer Organisationen wurden über 3000 Angolesen ermordet. Dieses Massaker leitete den bewaffneten Kampf in Angola ein.

In der Folgezeit standen zwei weitere nationalistische Befreiungsbewegungen der MPLA gegenüber: die FNLA (Frente National de Liberacão de Angola), 1963 gegründet, und die UNITA (Union Nacional para a Independência Total de Angola), die 1966 ins Leben kam. Die FNLA von H.Roberto, ein Schwager Mobutus, liebäugelte von Anfang an mit dem ausländischen Kapital. J. Savimbis UNITA unterhielt sogar offene Beziehungen mit der Kolonialmacht Portugal.

In einem Interview mit „Le Monde" meinte Roberto Juni 1975: „Meine gesamten Truppen werden von den Chinesen ausgebildet. Wenn ich außerdem Unterstützung von den Vereinigten Staaten erhielte, wäre ich der fähigste Politiker der Welt...... Ich verehre Präsident Kennedy sehr...."

Einen Monat später äußerte sich Savimbi: „.... wir wollen ... die soziale Demokratie..... Nationalisierungen sind eine Krankheit. ....Die wirkliche Frage ist die Neuverteilung der Profite." (African Development, London, Juli 1975).

Aber die sogenannte „left-wing", „moskautreue", „Marxistische" MPLA, wie sie von den bürgerlichen Internationalen Presseagenturen tituliert wird, ist ihrem eigenen Selbstverständnis zufolge keine sozialistische oder kommunistische Bewegung. Ihre Politik ist u.a. an folgenden Zielen notwendigerweise orientiert:

Erringung der nationalen Unabhängigkeit, Durchführung einer demokratischen Bodenreform, Verwirklichung einer progressiven Sozialpolitik, Entwicklung von Kultur, Bildung und Erziehung. Sicherlich gibt es eine sozialistische Minderheit in der MPLA; essentiell bleibt sie eine nationalistisch-demokratische Bewegung, die wie die FNLA, UNITA und FLEC (Frente para a Libertacão da Enclava de Cabinda, 1962) zunehmend ins politisch-strategische Kalkül der Supermächte geriet. Angola droht zu einem internationalen Krisenherd, einem afrikanischen Vietnam zu werden.

Man muß es Neto zugute halten, daß er trotz gewaltiger materieller Unterstützung seitens der Sowjetunion, der OAU, des Weltkirchenrates und internationaler humanitärer Organisationen, eine relative Unabhängigkeit bewahren konnte.

„Wir sind nicht gleich deshalb Sateliten, weil uns die Sowjetunion Waffen liefert. ...Auch haben wir Moskau nicht ein einziges Mal gebeten, uns zu sagen, wie Angola aufzubauen sei." (Neto, Interview mit „Le Monde", vgl. FR, 17.1.76).

Nichtsdestoweniger erinnert die ganze Lage an die „Kongo-Krise" (1960); statt Katanga ist diesmal Cabinda auf der Tagesordnung der Großmächte. Schon Anfang 1975 hatte Kissingers „Vierziger Ausschuß" Roberto 300.000 Dollar zur Verfügung gestellt; später erreichten ihn größere Summen über seinen Schwager in Zaire: Waffen und Kriegsmaterial im Wert von über 32 Mill. Dollar. Die Sowjetunion stand den USA in keiner Weise nach: der Kreml lieferte der MPLA Rüstungsmaterial im Wert von über 100 Mill. Dollar (vgl. DIE ZEIT v. 9.1.76). Hinzu kamen 9000 kubanische Soldaten und militärtechnische Berater. Savimbi bekam direkte Unterstützung von Südafrika – mit Genehmigung des Pentagons.

Seit dem 11. November 1975 besitzt Angola faktisch zwei Regierungen, die der MPLA und die der FNLA-UNITA. Die militärischen Auseinandersetzungen erreichen ein immer größeres Ausmaß. Zwar ist es der MPLA gelungen, die prowestlichen nationalistischen Bewegungen zurückzudrängen, auch auf die Gefahr hin einen Krieg mit Zaire zu riskieren, doch erscheint das Grundproblem in Angola auf lange Sicht gesehen noch keineswegs im Bereich des Lösbaren: Aufhebung der Unterentwicklung, als Folge politischer und ökonomischer Abhängigkeit von den Großmächten.

Seit geraumer Zeit stehen südafrikanische Truppen auf angolanischem Boden. Eine Tatsache, die zur weiteren Spaltung innerhalb der OAU führte. Südafrikanische Truppen gleichsam als vorgeschobene Front zur Sicherung des eigenen Machtbereichs, als Angriff gegen die namibischen SWAPO-Guerillas, die strategisch aus Süd-Angola operieren, als geographische Erweiterung des Einflußgebietes als imperialistisches Subzentrum, als Wachhund des Kapitals in „Schwarzafrika".

Der Befreiungskampf in Angola ist nur die Nordflanke einer Emanzipationsbewegung in ganz Südafrika; ein unerbittlicher Arbeiterkampf in Form von Streikbewegungen, findet – trotz Verbot und hoher Strafen – in der Republik Südafrika statt; und eben genau dort wird auch der entscheidende Sieg gegen soziale Ungerechtigkeit, rassische Diskriminierung, politische Entrechtung und ökonomische Ausbeutung der Afrikaner errungen werden.

BESETZUNG BEI BULOVA BEENDET

NEUCHATEL (ID) 27. Januar Nach dem Versprechen der New Yorker Konzernleitung von Bulova, die Verlegung des größten Teils ihrer Uhrenfabrik bis Ende 1977 aufzuschieben, und nochmal zu überprüfen, ob eine Verlegung überhaupt notwendig ist, ging die elftägige Besetzung des Betriebes am 27. Januar zu Ende (s. ID 109). Für den Fall, daß doch nach Biel übergesiedelt wird, wurden eine Reihe von Sozialleistungen zugesichert. Die Direktion versprach außerdem, keine Repressalien gegen die Besetzer anzuwenden.

MILITÄR- UND ZIVILDIENSTVERWEIGERER VORM KADI

METZ (ID) 28. Januar Am 3. Febraur 76 beginnt der Prozeß gegen den französischen Totalverweigerer Jean-Louis Soulie vor dem Militärgericht in Metz/Frankreich. Seit seiner Verhaftung am 26. Juni 75 wartet er bereits sieben Monate auf seine Verhandlung! Ihn erwartet eine Verurteilung bis zu zwei Jahren. Grund: er verweigert dem französischen Staat sowohl den Militär- als auch den Zivildienst.

Jean-Louis ist Mitglied im Internationalen Kollektiv der Militär- und Zivildienstverweigerer (Insoumission Collective International) einer Vereinigung von Totalverweigerern, die seit Oktober 1974 in Westeuropa existiert und deren Mitglieder jegliche Zusammenarbeit mit den staatlichen Wehr-Behörden schon bei der Erfassung/Musterung zur Zwangspflicht verweigern. Jean-Louis war besonders aktiv bei der Kampagne gegen die französische Militärgerichtsbarkeit, die von 13 Organisationen in Frankreich getragen wird. Für uns wird diese Verhandlung ein Anlaß sein, selbst eine Verhandlung über die Militärgerichtsbarkeit in Form eines Guerilla-Theaters zu organisieren.

Es ist unbedingt wichtig, daß auch hierzulande unsere Solidarität mit Jean-Louis bekundet wird, da die Militärgerichte die Totalverweigerer oft als isolierte Personen darstellen und ihnen mehr oder weniger geistige Beschränktheit unterstellen, um dadurch die politischen Motive der Totalverweigerung zu verwässern. Deshalb rufen wir euch auf, Solidaritätsbriefe zu schicken (sie müssen nicht unbedingt in französisch geschrieben sein):

- ans Gericht: Briefe, die die Solidarität mit Jean-Louis ausdrücken, seiner Handlungsweise,und sich gegen die Existenz der Militärgerichtsbarkeit aussprechen.
- ein e Kopie an seinen Anwalt; dies ist wichtig, wenn nämlich das Gericht die Erwähnung der Briefe während der Verhandlung unter dem Vorwand verweigert, daß sie ans Gericht persönlich gerichtet sind.
- schickt eine Nachricht an Jean-Louis über seinen Anwalt.

Anschrift des Gerichts: Monsieur le president du Tribunal Permanent des Forces Armees; 31 rue Cambont, F-57998 Metz-armees

Anschrift des Anwalts: Me. Allain Pierre; 11 rue Serpenoise, F-57000 Metz.

Kontakt BRD: Karl-Heinz Seng, Daimlerstr. 13, 2000 Hamburg 50.

ERKLÄRUNG

HAFTVERSCHONUNG FÜR KARL-HEINZ ROTH ! LEBENSGEFAHR DURCH ISOLATIONSHAFT

Karl-Heinz Roth (siehe ID 97 und 104) hatte zwischen Weihnachten und Neujahr einen erneuten schweren gesundheitlichen Rückfall. Ihm wurde in Köln-Ossendorf jegliche adäquate medizinische Versorgung verweigert. Der Antrag auf Haftverschonung muß jetzt sehr schnell und weit verbreitet werden, damit der Antrag nicht lautlos in den Schubladen der Justiz verschwindet. Karl Heinz Roth hat inzwischen nicht mehr die physischen und psychischen Reserven, um solche Strapazen unter den Bedingungen von Isolationshaft nochmals durchzustehen.

Über den linken Buchhandel und Einzelpersonen wird zur Zeit eine Dokumentation (Titel: Lebensgefahr durch Isolationshaft – sofort: Haftverschonung für Karl Heinz Roth) verbreitet. Auf zwei größeren Veranstaltungen (gegen Maulkorbgesetze) in Köln und Essen wurde über Roths Situation berichtet und zur Unterstützung aufgerufen. Bestellt die Dokumentation bei: Maldoror, Von-Melle-Park 17, 2000 Hamburg 13.

Zur Vorgeschichte kurz einige Bemerkungen aus der Dokumentation:

„Am 9.5.75 wurden bei einer Schießerei in Köln-Gremberg Werner Sauber und ein Polizist erschossen, schwer verwundet wurden ein Polizist und Karl-Heinz Roth, er und Roland Otto sitzen seitdem in strenger Einzelhaft.

Karl-Heinz Roth schwebt immer noch in Lebensgefahr, infolge der Schußverletzungen droht jederzeit eine Darmverschlingung.

Von den Ermittlungsbehörden wurde der Tathergang im Dunklen gelassen – dabei war für die Polizei bereits zwei Tage nach dem Vorfall so gut wie klar – daß Karl-Heinz nicht geschossen hatte. Dies geht aus den Akten hervor, die den Rechtsanwälten anläßlich des Haftprüfungstermins im Dezember 1975 teilweise überlassen wurden.

Mit dieser Schrift wollen wir – seine Freunde – das Schweigen um seine Leiden im Knast brechen. Wir wollen Karl-Heinz seine isolierenden Haftbedingungen selbst schildern lassen. Vor allem aber wollen wir mit diesem Bericht den Antrag der Anwälte auf Haftverschonung unterstützen. Denn nur Haftverschonung kann sein Leben retten."

Die Dokumentation enthält eine zusammenfassende Analyse der Presseberichte, Widersprüche zum Tathergang werden aufgezei[illegible] Art der sprachlichen Darstellung und der Auswahl von Bildern und Bildunterschriften wird erläutert. Weitre Abschnitte bringen Informationen zu medizinischen Versorgung, Ausschnitte von Briefen Roths zur Qual der Isolation, Informationen zu den Haftbedingungen, ein Beitrag zur Person und politischen Geschichte Roths. Im Anhang findet sich der Haftverschonungsantrag, den wir auszugsweise wiedergeben:

„In dem Ermittlungsverfahren gegen Karl-Heinz Roth wird nunmehr beantragt,

1, den Vollzug des Haftbefehls auszusetzen,
2. den Beschuldigten zumindest bis zur Entscheidung über den Antrag zu 1. in die JVA Düsseldorf, chirurgisches Krankenhaus, zurückzuverlegen.

Unter Berücksichtigung der Anamnese, vor allem der schwerwiegenden Versäumnisse in der medizinischen Versorgung seit der Festnahme des Beschuldigten, ergibt sich aus dem derzeitigen Krankheitsbild, daß der Vollzug der Untersuchungshaft eine unmittelbare Lebensgefahr für den Beschuldigten begründet und daher auszusetzen ist.

I. Aus dem derzeitigen Gesundheitszustand des Beschuldigten ergibt sich medizinisch eine spezifisch erhöhte Ileusrezidivgefahr."

Es folgen medizinische Ausführungen zur Bauchschußverletzung, die auf den verspäteten operativen Eingriff hinweisen und andere Verzögerungen oder Unterlassungen der Behandlung dokumentieren.

„II. Die Aufrechterhaltung der Untersuchungshaft begründet ein erhebliches Risiko zeitlicher Verzögerungen präventiver wie auch operativer Maßnahmen, das den Beschuldigten einer permanenten Lebensgefahr aussetzt.

1. Die Gesichtspunkte, unter denen allgemein und besonders bei dem Beschuldigten jeder Gefahr zeitlicher Verzögerungen eine lebensbedrohende Bedeutung zukommt, sind folgende:

a) die Chancen, in einer Akuten Subileussituation einen Ileus zu verhindern, hängen entscheidend davon ab, daß unmittelbar nach Einsetzen der Symptomatik konservative Maßnahmen ergriffen werden. Dies gilt nicht nur, weil die Wirksamkeit solcher Maßnahmen mit wachsendem Zeitverlust immer geringer wird, sondern besonders darum, weil eine Subileussituation umberechenbar innerhalb von Minuten zu einem kompletten Darmverschluß führen kann, ohne daß in diesen Minuten die versäumte Prophylaxe durch eine Intensivierung der Bemühungen kompensiert werden könnte. Schon allgemein hängt daher die Prognose von der Möglichkeit ab, sich unverzüglich diagnostischen und therapeutischen Maßnahmen zu unterziehen. Dies gilt besonders im Fall des Beschuldigten. Der bisherige Krankheitsverlauf hat vor allem in Anbetracht der bisherigen Versäumnisse und Verzögerungen in seiner Behandlung zu einer Situation geführt, in der eine dritte Operation nicht zu verantworten wäre und daher unbedingt vermieden werden muß. Infolge seiner erhöhten Ileusrezidivgefahr bringt daher schon jede Möglichkeit von Situationen, in denen er sich der Institutionen medizinischer Frühintervention bedienen kann, eine erheblich gesteigerte Lebensgefahr mit sich.

b) Bei bereits eingetretenem Verschluß verschlechtert sich die Prognose zunehmend mit jeder Verzögerung der Operation. Dies gilt sowohl für die Letalitätsrate, als auch hinsichtlich der Gefahren einer Peritonitis und erst recht einer Darmgangrän sowie der damit verbundenen vitalen Gefährdung und toxischen Organschädigungen. Dabei muß auch hier wieder betont werden, daß die sich aus der Krankengeschichte und den oben genannten Versäumnissen ergebene Situation eine Erhebliche Steigerung der genannten Risiken begründet. Besonders wenn es bereits zu einem akuten Ileus gekommen ist, bedeutet jede Verzögerung eine Verminderung der Lebenschancen des Beschuldigten.

2. Mit dem Vollzug der Untersuchungshaft sind typische Gefahren von zeitlichen Verzögerungen notwendiger medizinischer Maßnahmen verbunden, die auf den faktischen Bedingungen und der rechtlich-organisatorischen Struktur des Untersuchungshaftvollzugs beruhen".

In der Dokumentation werden hier die Gefahren von zeitlichen Verzögerungen in mehreren Abschnitten ausführlich geschildert.

„Ein drastisches Beispiel für die durch die Haft bestehende Gefährdung ist die Vorgeschichte zur zweiten Operation des Beschuldigten im Bochumer Krankenhaus „Bergmannsheil". Am Frühabend des 6.8.75 bekam der Beschuldigte kolikartige Schmerzen im Oberbauch, die nach und nach immer unerträglicher und schließlich auch von Erbrechen begleitet wurden. Der Beschuldigte wies den Anstaltsarzt auf die akute chirurgische Symptomatik hin. Schmerzen und Erbrechen nahmen weiter an Intensität zu. Am nächsten Morgen um 1.30 Uhr, mithin erst nach ca. sieben Stunden, wurde der Beschuldigte mit großem Polizeiaufgebot in das Krankenhaus Köln-Holweide gebracht. Dort diagnostizierten die Ärzte jedoch eine sogenannte „Nihilitis" — im ärztlichen Fachjargon der Ausdruck für Simulation : und verzeichteten auf konservierende Maßnahmen und eine weitere Verlaufsbeobachtung, obwohl es gerade dieses Krankehnaus war, in dem der Beschuldigte nach seiner Schußverletzung zuerst operiert worden war. Daraufhin wurde der Rücktransport in die Justizvollzugsanstalt Köln-Ossendorf veranlaßt. Dort nahmen die Schmerzen — bei fortgesetztem Erbrechen — weiter zu. Obwohl der Beschuldigte, der ja selber Chirurg ist, auf der Diagnose einer akuten Oberbaucherkrankung und der Notwendigkeit einer chirurgischen Intervention vestand, und die Wahrscheinlichkeit eines Ileus diagnostizierte, hielt der Anstaltsarzt es für einen internistischen Fall. Erst am Nachmittag wurde der Beschuldigte gegen seinen Widerspruch in das internistische Krankenhaus der Justizvollzugsanstalt Bochum überwiesen. Der Beschuldigte hatte eine Verlegung in das chirurgische Krankenhaus der Justizvollzugsanstalt Düsseldorf verlangt. In Bochum diagnostizierten die Anstaltsärzte nun endlich einen mechanischen Ileus. Nach seinem Weitertransport in das Bochumer Krankenhaus „Bergmannsheil" wurde der Beschuldigte noch am selben Abend operiert, nach nunmehr 30 Stunden seit dem Beginn der Koliken. Man stellte eine lokale Durchwanderungsperitonitis und eine Darmgangrän fest und resezierte einen ca. 30 cm langen Dünndarmabschnitt.

In diesen Vorgängen manifestiert sich ein wesentlicher Teil der oben genannten Gefahrenmomente:

— Bevor nach dem Auftreten der ersten alarmierenden Symtome die Diagnosemöglichkeiten eines kompetenten ärztlichen Personals und eines ausreichenden medizinischen Apparates auf den Beschuldigten angewendet werden, waren mehr als sieben Stunden vergangen. Bis dahin war er allein von dem medizinischen Urteil des lediglich allgemeinmedizinisch qualifizierten Anstaltsarztes abhängig, das weder für ihn beeinflußbar,noch durch anderweitigen fachkundigen Rat unterstützt und kontrolliert wurde.

— Während dieser Zeit war eine qualifizierte konservative Therapie allein schon mangels ausreichender personeller und technischer Ausstattung der Justizvollzugsanstalt Köln-Ossendorf, wie auf der Transportmittel, nicht möglich.

— Der Beschuldigte war infolge der Haftsituation nicht in der Lage, eine aufgrund seiner Kenntnis der Krankengeschichte und seiner eigenen ärztlichen Qualifikation angezweifelten Diagnose von einer weiteren fachlich qualifizierten Instanz nachprüfen zu lassen. Eine Möglichkeit, die jedem Bürger offensteht. Vielmehr war er nach seinem Rücktransport weitere 12 Stunden von der Beurteilung durch denselben einen Allgemeinmediziner abhängig, der sich sein Urteil bereits gebildet hatte und darum vorläufig festgelegt war.

— Trotz einer Meinungsverschiedenheit zwischen dem Anstaltsarzt und dem Beschuldigten über die Fachrichtung der eventuell notwendigen Behandlung — chirurgisch oder internistisch — wurde der Beschuldigte nicht etwa in eine Klinik gebracht, die beide Möglichkeiten ohne wesentlichen Zeitverlust geboten hätte, wie dies bei den meisten Krankenhäusern der Fall ist. Er wurde vielmehr gegen sein medizinisch qualifiziertes Urteil in eine ausschließlich internistische Klinik ohne chirurgische Möglichkeiten transportiert. Hier wirken sich gleich zwei für den Beschuldigten nachteilige Bedingungen aus: Der Mangel einer fachspezifischen Kontrolle der einzigen, lediglich allgemeinmedizinisch qualifizierten Person innerhalb der Anstalt und die fachliche Spezialisierung und Aufgabenteilung der nordrhein-westfälischen Gefängniskliniken untereinander."

(...) „Der Beschuldigte befindet sich wieder in der Justizvollzugsanstalt Köln-Ossendorf und wird erneut den Gefahren ausgesetzt, die ihn bereits einmal fast das Leben gekostet hätten. Auch diesmal führten sie bereits kurz nach seiner Einlieferung zu einer bedrohlichen Sitaution. Vom 24.12. bis zum 29.12.75 hatte der Beschuldigte wieder einen schweren Rückfall. Er litt unter heftigen Bauchkoliken, schmerzhaften Blähungen, völliger Wind- und Stuhlverhaltung, Erbrechen, Abgeschlagenheit bis zum zeitweiligen Orientierungsverlust."

(...) „Schließlich hat es den Anschein, daß es unter den Bedingungen der Untersuchungshaft unmöglich ist, dem Beschuldigten die notwendige kontinuierliche medizinische Betreuung angedeihen zu lassen. Dies wird an den häufigen Verlegungen des Beschuldigten deutlich. Als besonders eindrucksvolles Beispiel ist die kürzliche Rückverlegung des Beschuldigten nach Köln-Ossendorf anzuführen. Er war zunächst aus dem Krankenhaus der Justizvollzugsanstalt Düsseldorf in das Krankenhaus der Justizvollzugsanstalt Bochum überwiesen worden mit der Begründung, daß die Erkrankung des Chefarztes der Justizvollzugsanstalt Düsseldorf eine ausreichende medizinische Beobachtung seines Krankheitsverlaufes unmöglich machte. Aus Bochum wurde er nach kurzer Zeit nach Köln-Ossendorf verlegt, wobei man ihm gegenüber als Grund angab, man könne ihn in Bochum nicht ausreichend konservativ behandeln. Es ist an dieser Stelle müßig, Überlegungen drüber anzustellen, welche objektive und subjektive Bedeutung einer solchen Begründung zukommt. Denn von allen Justizvollzugsanstalten, in den denen sich der Beschuldigte bisher aufgehalten hat, ist die Justizvollzugsanstalt KölnOssendorf am allerwenigsten zu einer ausreichenden medizinischen Behandlung geignet, weil sie überhaupt keine

nennenswerten personalen und medizinisch-technischen Voraussetzungen für eine adäquate Observation, Diagnose und Therapie hat. Dieser Vorfall unterstreicht jedoch die Feststellung, daß schon seiner objektiven Struktur nach der Haftvollzug mit der Aufgabe der rechtlich gebotenen medizinischen Fürsorge in einem Krankheitsfall dieser Art und Schwere weit überfordert ist, und jeder Tag seiner Fortsetzung eine Gefahr für Leib und Leben des Beschuldigten bedeutet."

(...) „IV. Die beantragte Haftverschonung muß gemäß § 116 StPO gewährt werden, weil diese Vorschrift „eine besondere Ausprägung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit darstellt" (BVerf G 19, 342 ff, 351) unbestritten in Lehre und Rechsprechung und gesundheitliche Gründe in dem Spannungsverhältnis zwischen staatlichen Verfolgungsanspruch und persönlichen Rechtsgütern des Verfolgten daher eine besondere Rolle spielen. Im Rahmen dieser Verhältnissmäßigkeitsüberlegung bewirkt eine durch den Haftvollzug begründete Lebensgefahr ein Zrücktreten aller entgegenstehenden Gesichtspunkte (vgl. Henkel, Strafverfahrensrecht, 2. Auflage, S. 281; Schmidt, Lehrkommentar, § 112 StPO, Erl. 20).

V. Mit dem zusätzlichen Antrag, den Beschuldigten zumindest zunächst in die Klinik der Justizvollzugsanstalt Düsseldorf zurückzuüberweisen, wird wegen der Intensität der Gefährdung des Beschuldigten bereits bis zur Entscheidung über den Hauptantrag eine einstweilige Regelung begehrt, die wie folgt begründet wird:

In dem chirurgischen Krankenhaus der Justizvollzugsanstalt Düsseldorf steht der Beschuldigte unter fachärztlicher chirurgischer Kontrolle. Schon am Beispiel der zweiten Operation im August 1975 hat sich gezeigt, daß der Beschuldigte gerade dieser spezifischen Behandlung und Betreuung bedarf. Ferner sind die denkbaren zeitlichen Verzögerungen (vgl. oben zu Ziff. II.) bei einer Unterbringung im Krankenhaus der Justizvollzugsanstalt Düsseldorf erheblich geringer, die für den Beschuldigten dort bestehende Lebensgefahr mithin erheblich vermindert. Schließlich ist in der Klinik der Justizvollzugsanstalt Düsseldorf eine fachgerecht konservative Behandlung durchgeführt worden und auch weiterhin möglich, die unter der Leitung des mit dem Fall des Beschuldigten vertrauten Chefarztes von einem eingespielten Pflegepersonal durchgeführt werden kann. Selbst im Falle der noch andauernden Erkrankung des Chefarztes kann die begonnene Therapie fortgesetzt werden: zumeinen verfügt das Krankenhaus seit dem 1.1.76 über einen weiteren Stationsarzt, zum anderen hat sich die unter dem Chefarzt angeordnete Therapie immerhin insoweit bewährt, als sie zu einer Verringerung der Koliken und zu einer gewissen Kräftigung des Beschuldigten geführt hatte. Sicherlich können unter den Bedingungen der Untersuchungshaft nicht alle Maßnahmen getroffen werden, die nötig wären, um die Lebensgefahr für den Beschuldigten vollends zu überwinden; aber was unter diesen Bedingungen medizinsch möglich ist, scheint in Düsseldorf unternommen worden zu sein.

Der augenblickliche Zustand des völligen Verzichts auf eine konservative Behandlung ist nicht länger zu verantworten. In der Justizvollzugsanstalt in Köln war es auch, wo bei dem Beschuldigten die massiven Resorptionsstörungen auftraten, wie Gewichtsverlust, Haarausfall, Herausfallen von Zahnplompen, ständige Abgeschlagenheit und wo nichts, aber auch gar nichts dagegen unternommen wurde, weil die medizinischen Voraussetzungen dort nicht vorlagen. In der chirurgischen Klinik der Justizvollzugsanstalt Düsseldorf wurde auch hinsichtlich dieser Symptome eine teilweise Besserung erreicht, sogar das Gewicht des Beschuldigten nahm etwas zu. Der Chefarzt des Krankenhauses Holweide in Köln hat nach der letzten Untersuchung des Beschuldigten am 13.10.75 erklärt, eine Rückführung in die ohne Therapiemöglichkeiten ausgestattete Justizvollzugsanstalt Köln-Ossendorf sei medizinisch nicht vertretbar und eine kontinuierliche ärztliche Kontrolle sei für die Dauer bsi zu einem Jahr nach der Erstoperation erforderlich. Daraufhin wurde der Beschuldigte (zur konservativen Behandlung) nach Düsseldorf verlegt. Die Weiterverlegung in das Krankenhaus der Justizvollzugsanstalt Bochum sechs Wochen später geschah allein aus dem Grund, weil das ärztliche Personal in Düsseldorf krank sei. Bochum sollte also als Ersatz für Düsseldorf dienen. Von Bochum wurde der Beschuldigte aber nach Köln-Ossendorf verlegt, mit der Begründung, daß in Bochum eine konservierende Behandlung nicht möglich sei. Das bedeutet für den Beschuldigten aber zugleich eine Herabstufung der „kontinuierlichen ärztlichen Betreuung" auf den Nullpunkt. Gerade eine solche kontinuierliche ärztliche Betreuung und Überwachung hatten aber der Chefarzt des Krankenhauses Holweide, Prof. Dr. Hernandez-Richter gefordert und der Chefarzt des Krankenhauses der Justizvollzugsanstalt Düsseldorf, Dr. med Kahnamui, ebenfalls für erforderliche gehalten. Inzwischen ist — für den Zweck einer Minderung der Gefahr für den Zeitraum der einstweiligen Regelung — die ärztliche Betreuung in Düsseldorf wieder ausreichend; eine Rückverlegung dorthin hätte also bereits veranlaßt werden müssen, wenn man konsequent den Sinn der eigenen Begründung für die Verlegungen verfolgt hätte. Die eklatante Widersinnigkeit der Begründung für die Verlegung nach Köln-Ossendorf wird allerdings darin deutlich, daß selbst ein ohne jedes ärztliche Personal arbeitendes Krankenhaus der Justizvollzugsanstalt Düsseldorf aufgrund der bewährten Therapie dem Beschuldigten noch immer mehr konservierende Behandlung würde zuteil werden lassen können — mit auch dann noch möglichen Massagen und mit auch dann noch möglicher diätetischer Versorgung — als die mit nichts von alledem ausgerüstete Justizvollzugsanstalt Köln-Ossendorf. "

(...) „gez. Hartmann RA, gez. Wolf Dieter Reinhard RA
Luruper Hauptsr. 149 — Heußweg 35
2000 Hamburg 52 — 2000 Hamburg 19"

Anmerkung der Verfasser der Dokumentation:

„Diese Dokumentation verstehen wir, neben der solidarischen Hilfe für Karl-Heinz Roth, auch als Beitrag gegen die Haftbedingungen in der BRD und wollen, wenn wir über einen prominenten Linken schreiben, versuchen, auch die weniger bekannten Genossen im Knast zu unterstützen."

